

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonspalte für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Verbandsorgan.

Unsere christlichen Gewerkschaftsorganisationen erstrecken sich als Zentralverbände über die weiten Gebiete des Deutschen Reiches; die örtlichen Verwaltungsstellen liegen oft mehrere Reisetunden von einander entfernt, sodaß dem einzelnen Mitglied das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der großen Organisation wohl verloren gehen könnte, wenn wir nicht im Verbandsorgan ein geistiges Band hätten, das uns Woche um Woche unsere Einheit und Geschlossenheit fast sinnlich wahrnehmbar macht. Unser Verbandsorgan stellt uns allen immer wieder unsere gemeinsamen Ziele vor, es sucht uns stets von neuem zu begeistern für die hohen Aufgaben, die wir uns gestellt haben, und zu befehlen über alles, was wir im Dienste unserer Ideale wissen, was wir tun und lassen müssen. Es berichtet uns von den Kämpfen und Erfolgen unserer Brüder in der Ferne, daß wir alle an dem Schicksal jedes einzelnen der uns Zugehörigen Anteil nehmen sollen. Man könnte das Verbandsorgan fast als den Pulsschlag des Lebens des Verbandes bezeichnen, an dem wir jede Lebensstätigkeit abmessen können.

Diese große Bedeutung des Organs für das innere Leben des Verbandes muß uns als Glieder unserer Organisation veranlassen, mit größtem Interesse und mit Wärme den Boten aufzunehmen, den uns der Verband jede Woche sendet. Unser Blatt will und muß von jedem Mitgliede mit Freude und Anteilnahme gelesen werden. Das Gedeihen unseres Verbandes, die Erreichung unserer Ziele werden zum guten Teile davon abhängig sein.

Einige Gedanken zur Frühjahrsarbeit.

Wessen Herz schlägt nicht schneller bei dem Gedanken, daß die Winterzeit vorbei ist und ein neuer, alles belebender Luftzug durch Gottes schöne Natur weht. Wenn der Mensch, und insbesondere der Arbeiter, in seiner freien Zeit an einem schönen Frühjahrs Morgen durch Wald und Feld schreitet und mit vollen Zügen die herrliche Frühlingsluft einatmet, während die geliebten Säger ihre Melodien hinausschmettern, dann dünkt ihm wohl die Freiheit in dieser Gottesnatur als ein Ideal. Seine Brust weitet sich und er ertappt sich bei dem Wunsche, doch von dieser Freiheit etwas mitnehmen zu können an seinen Arbeitsplatz, in die Werkstatt oder Fabrik. Er fühlt jetzt so recht den Kontrast zwischen der wirklichen Freiheit und seiner werktägigen „Freiheit“ und lechzt, vielleicht etwas unzufrieden mit sich selbst und seinen Betrachtungen, wieder heimwärts.

Und doch haben wir Arbeiter alle Veranlassung, der wirklichen Freiheit auch auf unserer Arbeitsstätte die Wege zu ebnen. Dazu ist vor allem Standesarbeit notwendig. Um die Hebung des Arbeiterstandes herbeizuführen, ist es Pflicht eines jeden, tätiges Mitglied einer Berufsorganisation zu sein und treu und beharrlich an deren Ausbau und Ausbreitung mitzuarbeiten. Ehrenpflicht jeden christlichen Gewerkschaftlers muß es sein, unablässig Stein um Stein dem Gebäude seiner Organisation, zur Verteidigung seiner Rechte, zur Wahrung seiner Freiheit, zuzufügen. Man komme nicht immer wieder mit der Ausrede, „ich kann nicht“. Wer ernstlich will und wer von echtem Standesbewußtsein durchdrungen ist, dem fällt es nicht schwer, auch andere von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit zu überzeugen.

Da wendet nun vielleicht ein Kollege ein: Das ist alles schön gesagt, aber auf meiner Arbeitsstätte ist keine für die Organisation zu gewinnen. — Nun wohl, geben wir einmal zu, daß ihr zur Zeit das wahre Schlaraffenland zur Arbeitsstätte habt, aber — wie lange noch? — Mancher Arbeiter hat sich schon in Sicherheit wiegen lassen durch das „väterliche Wohlwollen“ des Arbeitgebers, mußte aber nachträglich die Erfahrung machen, daß durch die straffe Organisation der Arbeitgeberverbände auch sein Arbeitgeber gezwungen war, einem Ausperrungsbeschluß gemäß seine Arbeiter auf die Straße zu setzen. Diesen Arbeitern kam es dann wohl in der Stunde der Not zum Bewußtsein, welche Veräumnis sie beangigen hatten, indem sie ihrer Berufsorganisation fernblieben. Denn im heutigen Wirtschaftsleben gilt ganz besonders für den Arbeiter das Wort: Willst du den Frieden — und zwar einen ehrlichen Frieden — so rüde zum Krieg.

Wer sich heute noch in kurzfristigem und häßlichem Egoismus um das Zahlen des Gewerkschaftsbeitrages herumdrücken will, der betrügt sich selbst und schädigt seinen Stand.

Hieraus ergibt sich, daß die gewerkschaftliche Organisation für alle Arbeiter notwendig ist; selbst dort wo anscheinend keine Mißstände vorhanden sind. Unser Wirtschaftsleben ist ja, wie alles Menschenwerk, unvollkommen und demzufolge auch mit Schäden behaftet, die wir zu unserm Teil ausmerzen müssen. Durch die organisierte Selbsthilfe haben wir dafür Sorge zu tragen, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zur Geltung kommen.

Weiter hören wir einen Kollegen klagen, in unserem Betrieb sind Mißstände übergenug vorhanden, aber kein Arbeiter läßt sich bewegen, durch Beitritt zur Organisation mitzuwirken, diese Mißstände zu beseitigen. Diesen Kollegen möchte ich folgendes raten, bringt die Mißstände zu Papier und verwertet das Material bei geeigneter Gelegenheit. Sorgt weiter dafür, daß das Material dem Ortsgruppenvorsitzenden und dem Beamten überwiefen wird, damit es hier zusammengestellt und bei der Hausagitation unter den Arbeitern des Betriebes oder in einer Betriebsversammlung verwendet werden kann. Manchem indifferenten Arbeiter werden vielleicht die Augen geöffnet, wenn er sieht, daß der Verband bemüht ist, die Mißstände zu beseitigen.

Bei dieser Gelegenheit scheint es angebracht, noch besonders auf den § 3 unserer Verbandsatzungen hinzuweisen. Hier sind als Mittel zur Erreichung des Verbandszweckes (Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder) u. a. angeführt:

a) statistische Erhebungen, insbesondere über Arbeits- und Lohnverhältnisse des Berufes, b) Vertretung der Arbeiterinteressen bei den in Betracht kommenden Instanzen. Eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber Arbeitgebern, Regierungen und Parlamenten ist aber nur möglich, wenn zuverlässiges, hieb- und festest Material über Arbeits- und Lohnverhältnisse gesammelt wird. Leider wird von vielen Kollegen der Wert dieser Materialsammlungen noch verkannt. Und doch können gerade die Mitglieder im Arbeitsverhältnis hierzu ständig wertvolle Beiträge liefern, sei es durch Angaben über die Lohnverhältnisse, die Unfallgefahr, die Arbeitszeit oder durch sonstige zweckdienliche Mitteilungen. Durch genaues statistisches Material ist es möglich, auch der Öffentlichkeit ein einwandfreies Bild über die Mißstände im Arbeitsverhältnis zu bieten. Ist aber die Öffentlichkeit für die Sache der Arbeiter gewonnen, so gelingt es meist schon ohne lange Kämpfe, eine Besserung zu erzielen. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder, für den Verband einwandfreies Material über die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu sammeln.

Eine weitere Pflicht des Gewerkschaftlers ist der regelmäßige Versammlungsbefuch. Wollen wir eine geschulte, gut disziplinierte Gewerkschaftstruppe bilden, die im Kampfe ihren Mann steht und stets darauf bedacht ist, ihren Verband durch Werbung neuer und Festigung manfend gemordener Mitglieder zu stärken, dann muß seitens der Ortsgruppenvorstände vor allem ein reger Versammlungsbefuch angestrebt werden. Durch Hausbesuche sollen die Vertrauensmänner in ständiger Fühlung mit den einzelnen Mitgliedern bleiben; sie sollen sich nicht damit begnügen nur den Beitrag einzuholen und das Organ abzugeben, sondern sie sollen auch die Kollegen und deren Frauen zum Besuche der Mitgliederversammlungen ermuntern. Eine solche systematisch durchgeführte persönliche Einwirkung hilft weit mehr, wie alle Klagen über den schlechten Versammlungsbefuch.

Das wäre also eine Art ständiger Hausagitation unter den Mitgliedern zwecks Hebung des Versammlungsbefuches. Wir müssen soweit kommen, daß der Vorsitzende ein für alle mal sein Klagebuch über schlechten Versammlungsbefuch einstellen kann und alle Mitglieder von dem echten gewerkschaftlichen Geist und Pflichtbewußtsein durchdrungen sind. Dann werden sich auch genügend Kräfte finden, die sich als Vertrauensmann oder Hausagitor freudig in den Dienst unserer gemeinsamen Sache stellen.

Und wir brauchen dieser Mitarbeiter noch viele. Denken wir nur an die Hausagitation. Während ein Teil der Kollegen neue Mitglieder für den Verband zu werben sucht, soll der andere sich um die Eindämmung der Fluktuation bemühen, indem er die säumigen Versammlungsbefucher und Beitragszahler auffucht und sie an ihre Pflichten erinnert. Diese Arbeit darf in den Frühjahrsmonaten nicht verjäumt werden. Trifft man die Leute Sonntags nachmittags nicht zu Hause an, so gibt's ja noch Werktagabende, wo man sie treffen kann. Unsere

Sache ist es doch sicherlich wert, daß wir ihr auch mal etwas von der eigenen Bequemlichkeit opfern.

In klüchtigen Strichen haben wir hier einige Aufgaben skizziert, an deren Lösung alle Kollegen mitarbeiten können und sollen. Ohne Fleiß kein Preis und ohne Arbeit kein Erfolg. Darum soll auch jetzt in den Frühjahrsmonaten jeder Kollege seine Ueberzeugung von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in die Reihen der Indifferenten tragen. Gerade jetzt, wo nach der langen unfreundlichen Winterzeit die alles belebende Frühlingssonne auf das Gemüt der Menschen einwirkt, muß ja die Agitation doppelt erfolgreich sein. Darum an die Arbeit.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Als erste Bedingung für eine fortgesetzte günstige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens wurde mit Recht die Besserung des Geldmarktes gefordert. Und das, was man kaum für möglich hielt, ist nach dem 1. April Ereignis geworden: die Geldverhältnisse haben sich in ganz ungeahnter Weise verbessert. Geldmangel war schließlich ja nie vorhanden, das vorhandene Geld aber erforderte hohe, für das Wirtschaftsleben außerordentlich belastende Zinsen. Das hat sich geändert; Geld ist nun wieder zu einem Zinsfuß erhältlich, der in nichts an die anomalen Verhältnisse erinnert. Der verborgene Mannion kommt wieder an den Markt und auch vom Ausland ist über den Quartalserften reichlich Zufluß nach Deutschland gekommen. Das andere Moment — die internationale Lage hat sich ebenfalls günstiger entwickelt. Zwar schien es eine Zeitlang, als ob das kleine Montenegro mit seinem sehr selbstbewußten Willen und Miniaturkönig den Frieden Europas ernstlich gefährden würde. Aber die schon lange von niemand mehr geglaubte Entschlossenheit und Einheit der europäischen Kabinette hat die Veränderung herbeigeführt. Zwar wäre es übertrieben zu glauben, daß unter der ruhigen Oberfläche keine Grundwässer mehr vorhanden wären, aber Rußland und auch Frankreich müßten sich doch vor dem übereinstimmenden Willen der anderen Mächte beugen. Was der Dreißig und allein kaum fertig gebracht hätte, das bewirkte die entschlossene Stellung Englands, dessen Interessen dieses Mal ganz parallel den deutschen laufen. Hat Deutschland an der Türkei Bestand vorwiegend wirtschaftliche Interessen, die nach Ansicht vieler zu rasch preisgegeben wurden, so kann und will England auf keinen Fall dulden, daß Konstantinopel in russischen Besitz kommt. Montenegro ist zwar in diesem Augenblick dem vereinten Druck der Mächte noch nicht gewichen, doch scheint seine Weigerung nur in jählicher Berechnung seines größten Vorteils zu liegen. Der tapfere König ist ein nicht minder jählicher Kaufmann, der die Aufgabe Skutars mit einer möglichst hohen Gelbsumme erkaufen will. Bereits sind diesbezügliche Verhandlungen im Gange. Mit dieser Tatjache sind nun die Verhältnisse auf eine Bahn gebracht, die ein friedliches Ende erhoffen läßt. Die Rede des deutschen Reichskanzlers im Reichstag, die offenbare Aggressivität des türkischen Volkes, weitere gewaltige Lasten zu seiner Sicherung auf sich zu nehmen, hat ebenfalls in dieser Richtung gewirkt.

Wie eine Befreiung von einem Alpdruck wurde diese neue bessere Gestaltung der Dinge von der gesamten Wirtschaft aufgefaßt. Entspannung des Geldmarktes und der politischen Lage, Friede auf dem Balkan konnten die neue Grundlage für eine günstige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens geben. Wie sehr dieses bereits geflitten hatte, geht aus der ständigen Zunahme der Konkurrenz hervor, geht neben anderen Anzeichen insbesondere auch aus der verminderten Nachfrage von Kapital in der Industrie hervor. Den Grad des Rückganges kann am besten die Verhältnisse aus unserer Industrie kund. Nach der bekannten Statistik der Frankfurter Zeitung würden in den Altiergesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Metall- und Maschinenindustrie im 1. Quartal 1913 35,8 Mill. Mk. angelegt gegen 67,7 im vierten Quartal des verflohenen Jahres. Man muß diesen Rückgang nicht mit einem solchen der Wirtschaftslage deuten — aber man darf nicht vergessen, daß er tatsächlich der einzige Weg war, um sie wieder zu bessern. Würde die Industrie mit größeren Ansprüchen an den Geldmarkt getreten, hätte sie die Situation doch nur verschlimmert, nur durch kluge Zurückhaltung aller bescheidenen Kreise vor allem der Industrie konnte die jetzt eingetretene Besserung kommen.

Ohne uns irgend welchen Illusionen über den Stand unseres Wirtschaftslebens hinzugeben, darf man nun doch wieder mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Anfangs war die Lage in unserer Industrie nie. Die starke unvermindert fortwährende Kohleisenproduktion, dieser beste Gradmesser des Wirtschaftslebens, widersprach allen Schwarzsehern. Wenn man sich deren Standpunkt auch nicht zu eigen machte, so mußte doch das Ergebnis, das der März brachte, überraschen, denn er weist die größte jemals erreichte Produktionsziffer mit 1,628 Mill. Tonnen auf gegen 1,492 im Februar. Die arbeitstägliche Erzeugung war zwar hier größer, doch ändert das nichts an dem sehr günstigen Ergebnis des verflohenen Monats. Die Lage des Roh-eisenmarktes ist, wie schon aus dem Gesagten hervorgeht, sehr fest. Unzweifelhaft hat zu dieser Festigkeit auch der am 26. März gefakte Entschluß des Roheisenverbandes beigetragen. Dieser sollte bekanntlich bis Ende 1915 dauern. Nunmehr wurde seine Verlängerung bis Ende 1917 ausgedehnt. Und das Abkommen mit der lothringisch-luxemburgischen Gruppe

wurde bis zum gleichen Termine verlängert. Damit ist die Syn-
 blisierung der gesamten Roheisenproduktion Deutschlands auf
 weitere fünf Jahre gesichert. Wir können uns heute vielleicht
 die Bedeutung dieser Tatsache noch nicht im ganzen Umfange
 denken, das eine aber können wir doch wohl ohne Furcht Äußer-
 ungen gestraft zu werden, behaupten, sie verleiht nicht nur unserer
 Industrie, sondern dem gesamten Wirtschaftsleben einen
 festen Halt, sie bietet, wenn auch natürlich keine unbedingte,
 Garantie für eine gewisse Stetigkeit unserer wirt-
 schaftlichen Verhältnisse. Unsere Eisenerz- und
 Ausfuhr weist ein recht günstiges Bild auf. Ohne Zweifel
 könnte die Ausfuhr besonders in Roheisen stärker sein, aber
 der heimische Markt nimmt zu große Mengen auf. Aus
 Oberschlesien nach z. B. berichtet, daß von Rußland
 starke Nachfrage nach Roheisen ausgeht, daß sie aber nur in
 geringem Maße befriedigt werden kann.

Ebenfalls günstig liegt der Markt in Salzeisen. Der
 Februar hatte zwar im Versand des Stahlwerksber-
 haudes einen starken Rückgang gebracht, der März hat ihn
 aber bis auf 7000 Tonnen wieder eingebracht. Die vorliegenden
 Aufträge sind wesentlich höher als im Vorjahr, das aus-
 landsgeschäft ist befriedigend. Auch der Versand in
 Eisenbahn-Material hat eine wenn auch nicht bedeu-
 tende Steigerung erfahren. Recht günstig präsentierte sich
 der Formeisenmarkt — ein Zeichen der wieder begün-
 stigten Bautätigkeit; der Versand des Stahlwerks-
 verbandes an Formeisen ist im März gegen den Februar um über
 40000 Tonnen gestiegen. Ein nach wie vor wenig erfreuliches
 Bild bietet der Stabeisenmarkt; die Zurückhaltung der
 Käufer hält an und von einer einheitlichen Preisgestaltung kann
 kaum mehr gesprochen werden. Einzelne Werke gehen mit
 Preisunterbietungen vor. In der letzten Woche soll
 übrigens die Nachfrage wieder lebhafter geworden sein, wenn
 auch die Preise keineswegs befriedigen.

Wie schon des öfteren berichtet, schweben schon seit Monaten
 Verhandlungen über die Verlängerung des Walzdraht-
 verbandes, die aber bis jetzt zu keinem befriedigenden Aus-
 gänge geführt haben. Nur eine provisorische Verlängerung
 bis zum 30. Juni 1913 konnte erreicht werden, aber auch sie nur
 mit der Bestimmung, daß, wenn bis 15. Mai ein endgültiger
 Beschluß über die Verlängerung nicht vorliegt, jedem Werk
 der freihändige Verkauf freistehen soll. Der Verband
 des Walzdrahtverbandes hat im März keine wesentliche
 Änderung erfahren. Der Markt leidet natürlich unter der
 Unsicherheit der Verlängerung des Verbandes und bewirkt eine
 weitgehende Zurückhaltung der Käufer. Die Bestrebungen in
 der Gas- und Siederohrindustrie einen festeren Zu-
 sammenhang zu erreichen, sind resultatlos geblieben — über
 eine lose Preisvereinbarung, die allerdings einen sehr beachtlichen
 günstigen Einfluß auf die Marktlage ausübt, ist die Vereinigung
 nicht gekommen. Trotz der ungünstigen Ergebnisse, die bisher
 der Kartellierungsbestrebungen in der Fahrradindustrie
 beschiedenen waren, ist eine neue Versammlung einberufen worden,
 um den Widerstand insbesondere der kleinen preisdrückenden
 Werke zu besiegen. Ob es gelingen wird, ist eine andere
 Frage. Die Lage am Blechmarkt leidet unter der Zurück-
 haltung der Käufer, nur auf dem Grobblechmarkt herr-
 schen einigermaßen befriedigende Zustände. Auch in der Klein-
 eisenindustrie wird über dieselbe Katastrophe geklagt. Zu
 dem geringen Beschäftigungsgrad treten hier noch ungenü-
 gende Preise; die Konventionenbestrebungen sind aber dadurch
 nicht gefördert worden. Die Industrie hat besondere Verluste in
 ihrer Ausfuhr, auf die sie zum großen Teil angewiesen ist, zu
 verzeichnen. Der Grund liegt in den unsicheren politischen
 Verhältnissen. Günstiger liegen die Verhältnisse in der Ma-
 schinenindustrie. Lokomotiv- und Werkzeugmaschinenin-
 dustrie ist gut beschäftigt, daselbst gilt von den landwirtschaft-
 lichen Maschinen. Dagegen wird über den Textilmaschi-
 nenbau geklagt, der infolge der Lage der Textilindustrie noch
 nicht sich befriedigend gestalten konnte.

Stellt sich so die Lage einzelner Industriezweige auch noch
 keineswegs günstig dar, so läßt doch der eingangs erwähnte Um-
 wandlung der Verhältnisse eine Besserung und Belebung
 der bisher geschwächten Industriezweige erhoffen.
 Ein Projekt, der sich augenblicklich in den Vereinigten
 Staaten abspielt, läßt diese Hoffnung noch berechtigt er-
 scheinen. Bekanntlich ist der demokratische Präsident ein
 Gegner des Schutzzollens, der bisher auch der deutschen
 Industrie schweren Schaden gebracht hat. Wenn nun in dem
 geplanten Zolltarif von Freihandel keine Rede sein
 kann, so bringt er doch sehr beträchtliche Zollermäßigun-
 gen, die zum Teil auch der deutschen Metallindustrie zu Gute
 kommen. Der Stahlschmelzer, der auf der Messerwaren- und Klein-
 eisenindustrie so schwer lastete, soll fallen und nur für einige
 wenige Artikel sollen zwei Wertstufen beibehalten werden. Für
 Stahlschmelzer sollen die Zollsätze vorgeschlagen sein, die von
 dem Solinger Fabrikantenverband und den amerikanischen Ein-
 fuhrhändlern als wünschenswert bezeichnet wurden. Messer-,
 Loh- und Leinwandmesser sowie Gabeln sollen eine starke Zoll-
 ermäßigung erfahren. Eisen- und stählerne Schmelzbecken

wird im Zoll um die Hälfte ermäßigt. Im Interesse der
 deutschen Industrie kann man nur wünschen, daß diese Pläne
 bald Gesetz werden. Auf die prinzipielle Seite der amerikanischen
 Handelspolitik werden wir in einem besonderen Artikel ein-
 gehen.

Die Unternehmungsformen

IV.

Wenn die offene Handelsgesellschaft als die Vertreterin
 der Personalgemeinschaft angesehen werden kann, so die
 Aktiengesellschaft als diejenige der Kapitalgemein-
 schaft. In ihr kommt das Unpersönliche des Kapitals wirt-
 schaftlich und rechtlich am reinsten zum Ausdruck. Die
 Person des Geldgebers tritt in dem Geschäftsbetrieb
 der Aktiengesellschaft durchaus zurück — sie verschwindet nach
 der Generalversammlung auf ein weiteres Jahr. Am Ge-
 winn nimmt sie im Verhältnis des eingesetzten Kapitals teil.
 Ein an sich durchaus unfähiger Mensch kann durch diese Ge-
 sellschaftsform Teilhaber am Ertrag eines Unternehmens wer-
 den, denn irgend eine tätige Stellung des Geldgebers wird
 in der Aktiengesellschaft weder gefordert noch gewünscht. Als
 Leiter dieser kommt immer ein mit ständigen Bezügen
 ausgestatteter Direktor in Betracht. Wer mit dieser Stellung
 im einzelnen Falle betraut wird, kann natürlich nicht gesagt
 werden, aber nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht
 hat, kann wohl behauptet werden, daß bei den meisten der-
 artigen Stellen weniger die Tüchtigkeit, als vielmehr die
 Protektion eines der Hauptaktionäre eine ausschlaggebende
 Rolle spielt. Meist ist es so, daß der Sohn eines solchen der
 vom Glück begünstigte ist. Für den Einzelnen kommen auf
 diese Weise nach Gewinnmöglichkeiten zum Vorschein, die
 weit über den im Aktienbesitz begründeten Ertragsanspruch am
 Unternehmen liegen. Mit der Erwähnung dieser Tendenz,
 die sich in den Aktiengesellschaften zweifellos bemerkbar macht,
 soll natürlich nicht gesagt sein, daß nicht tüchtige, im Ge-
 schäftsleben erfahrene Männer die Leitung inne haben —
 aber daß wenigstens solche unter den Leitenden sein müssen.
 Bei dem gewaltigen Umfang, den unsere Aktiengesellschaften
 angenommen haben, ist die Leitung ein schwieriges und ver-
 antwortungsvolles Werk. Wenn ich gerade auf die Leitung
 der Aktiengesellschaft etwas näher eingegangen bin, so ge-
 schah es deshalb, weil gerade sie das Unpersönliche der
 Aktiengesellschaft oder besser die volle Loslösung des Geld-
 gebers — des eigentlichen — Unternehmers von dem Unter-
 nehmen am deutlichsten charakterisiert.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesell-
 schaften liegt in der Möglichkeit, wie schon früher betont,
 gewaltige Kapitalmassen zusammenzubringen. Damit ist die
 Möglichkeit gegeben, Unternehmungen zu erstellen, die weit
 über die Leistungsfähigkeit und wohl auch Willig-
 keit des Einzelnen hinausgehen. Auch die Zeitungs willig-
 keit — denn wer mag das gewaltige Risiko, das mit solchen
 Unternehmungen verbunden ist, allein tragen? Die Aktien-
 gesellschaft beschränkt die finanzielle Verantwortung — die
 Haftbarkeit — auf den Betrag, der durch die übernommenen
 Aktien festgelegt ist. In einzelnen Fällen — besonders bei
 sog. Familiengründungen — mag es ja wohl vorkommen,
 daß das ganze Vermögen in Aktien einer Unternehmung
 angelegt ist. Meistens aber wird es sich so verhalten, daß nur
 ein Teil, oft nur ein ganz kleiner Teil des Vermögens
 in bestimmten Aktien besteht. Darin ruht ja die eminente
 volkswirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaft, daß sie
 die Vermertung auch verhältnismäßig kleiner Summen
 für die Produktion gestattet, daß es also auch dem kleinen
 Sparrer ermöglicht ist, sein Geld in dieser Weise anzulegen.
 Der Charakter der Aktien erleichtert das noch in be-
 sonderer Weise. Diese lautet bekanntlich auf einen bestimmten
 Betrag des Einlagekapitals und gegen Erlegung dieses Be-
 trages erhalte ich — von dem verschiedenen Kursstand ab-
 gesehen — eine Aktie. Sie kann nun auf den Namen
 lauten oder auf den Inhaber; die Aktien, die für den
 großen Markt geschaffen sind, lauten immer auf den Inhaber.
 Diese Form hat den großen Vorteil der freien Übertra-
 gbarkeit. Ganz unabhängig von der Person wird der
 Käufer der Aktien, der „Inhaber“, jeweiliger Eigentümer am
 Gesellschaftsvermögen der Unternehmung. Der Besitz der
 Aktie ist der Berechtigungschein dafür. Daß sich bei der
 leichtesten formlosen Übertragbarkeit dieses Papiers ein
 Markt gebildet hat, auf dem der jeweilige Eigentümer seine
 Aktien verkaufen, andere sie kaufen können, liegt in der
 Natur der Sache. Der Handel in Wertpapieren jeder Art
 geschieht an der Börse.

Man hat — oft nicht mit Unrecht — sehr harte Worte
 gegen die Spekulation gefunden, einen Geldwortsch, der
 viel mit dem Spiel gemeinsam hat. Die Spekulation hat
 auch in nicht geringem Maße sich der Aktie als Objekt be-
 mächtigt. Die dadurch entstandene Verbindung zwischen

Spekulation und Unternehmung, hat zweifellos
 seine großen Vorteile, die Möglichkeit des Spekulationsge-
 winnes — eines im ganzen doch mühelosen Geldwortsch
 — veranlaßt viele, ihr Geld der Industrie durch den Kauf
 von Aktien zuzuwenden. Wenn dabei auch nicht das geringste
 Interesse für das Unternehmen an sich besteht, so ist
 diesem mit der tatsächlich erfolgten Geldbeschaffung durchaus
 gebiend. Inwiefern konnte sich nun im Aktienhandel
 die Spekulation entwickeln? Auf was wird spekuliert? Man
 könnte ja denken auf den größeren Gewinn, den das Aktien-
 unternehmen abwirft, und der als Dividende dem Aktien-
 inhaber zukommt. Doch ist gerade der tatsächliche Ertrag der
 Aktie an sich dem Spekulant vollständig gleichgültig. Er
 will nur aus dem Kursdifferenz Gewinn erzielen. Wo-
 vor ich hierauf weiter eingehe, sind einige Begriffsbestimmun-
 gen notwendig. Die Aktie lautet wie schon gesagt auf einen
 bestimmten Betrag — den Nominalbetrag. Dieser deckt sich
 aber in den seltensten Fällen mit dem wirklichen Kauf-
 wert — dem sog. Kurswert. Dieser aber wird be-
 stimmt durch Angebot und Nachfrage und durch den tatsächlichen
 Stand des Unternehmens und die dadurch gegebene Er-
 tragsmöglichkeit der Aktie. Der Kurswert ist durch-
 aus schwankend — die verschiedensten Ursachen können ihn un-
 günstig beeinflussen. Ich erinnere nur an den Balkankrieg,
 an die gesamte internationale Lage, welche schon einige recht
 erhebliche Preisschwünge der Wertpapiere — in diesem Falle
 Kursstürze genannt — im Gefolge hatten. Um nun wieder
 auf das vorhin Gesagte zurückzukommen, der Aktienbesitzer
 hofft, die von ihm gekauften Aktien in möglichst kurzer
 Zeit zu einem seinen Einkaufspreis übersteigenden Kurswert
 loszuschlagen zu können. Der Gewinn besteht dann in dem
 Unterschied von Einkaufs- und Verkaufspreis.

Das ist die eine Art der Spekulation, die zweite, groß-
 zügere, ist für unsere Volkswirtschaft von größerer Bedeutung.
 In Deutschland existiert eine enge Verbindung zwischen Indu-
 strie und Bankwesen. Ob zum Vorteil der ersteren, bleibe da-
 hin gestellt. Diese enge Verbindung, die kein anderes Land
 kennt, rührt mit von unserer Aktiengesellschaft her, die
 bei Gründung einer Aktiengesellschaft große Kapitalanlagen for-
 dert. Diese sind zuerst die Banken mit ihren reichen Gelb-
 mitteln zu leisten fähig — aus dieser in Anspruch ge-
 nommenen Leistungsfähigkeit der Bank hat sich dann eine da-
 ernde Abhängigkeit der Industrie von der Finanz-
 entwickelt. Die Banken sind bei uns wohl aber
 auch aus eigener Initiative zur Gründung von
 Aktiengesellschaften übergegangen; die Aktien werden in
 einem solchen Falle meist von der oder den geldgebenden
 Banken übernommen. Der Zweck dieser Gründungen ist
 aber oft ein ausgesprochenes Spekulationszweck;
 denn die gründende Bank hat an dem eigentlichen Unternehmen
 kein Interesse, ihr liegt nur daran, die Kurse möglichst in die
 Höhe zu treiben, um die Aktien dann an der Börse mit großem
 Gewinn loszuschlagen. Diese Art der „Industrialfiktion“
 hat für Deutschland schon recht unangenehme Folgen gezeigt,
 eine Verschärfung der Wirtschaftskrisen ist die erste Wirkung.
 Natürlich werden derartige Gründungen nur zu Zeiten einer
 Hochkonjunktur vorgenommen — werden sie noch wäh-
 rend dieser vollendet, so vermehren sie zwar das Angebot.
 Das ist aber wegen der starken Nachfrage zunächst von geringer
 Bedeutung, läßt diese aber nach, sinkt die Konjunktur, dann
 wird das herrschende Ueberangebot sehr empfindlich. Ist
 die Bank noch im Besitz der Aktien, so wird sie alles tun, um
 das Unternehmen zu halten, denn nur wenn es einen em-
 sprechenden Gewinn abwirft, steigt der Kurswert und dann
 erst kann die Bank ernten. Hat sie aber die Aktien schon los-
 geschlagen, so hat sie kein Interesse mehr an dem Unternehmen,
 die neuen Aktionäre mögen sehen, wie sie fertig werden.

Aus diesen kurzen Andeutungen ist leicht ersichtlich, welche
 große Bedeutung die auf der Einrichtung der Aktiengesell-
 schaft beruhende Spekulation für die Industrie, insbesondere
 die schwere, hat. Eine Betrachtung unserer Industrie kann
 deshalb — soll sie den ursächlichen Zusammenhang der Dinge
 wahren, und nicht an der Oberfläche haften bleiben — nicht
 die Bewegung der Spekulation außer Acht lassen, denn gerade
 diese ist vielfach das eigentlich treibende Lebensle-
 ment in der Industrie.

Es wurde schon mehrfach betont, daß die Aktiengesellschaft
 die eigentliche Unternehmungsform des Großbetriebs
 ist. Sie ist auch die Form, in der sich eine Bewegung voll-
 zieht, die heute gerade in Deutschland besonderer Aufmerk-
 samkeit bedarf, wenn sie auch noch lange nicht zum voll-
 ständigen Abschluß gekommen ist. Und die Metallindu-
 strie ist diejenige, die am ersten von der Umwandlung be-
 troffen wird. Die Rohstoffversorgung spielt heute in der
 schweren Industrie eine Rolle, wie vielleicht sonst nirgendwo
 — und zwar die Versorgung einmal mit Kohlen und dann
 die mit anderen Rohmaterialien wie Roheisen, Salze-
 zeug u. s. w. Besondere Bedeutung gewinnt die Rohstoff-
 versorgung angesichts der Tatsache, daß die Mon-

Geschichte des „Phönix“ Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hütten-Betrieb.

II.

Da geht in der Zeit des Niederganges der früheren preußi-
 schen Handelsministeren mit weitaustragendem Blick in die
 Zukunft des Phönix ein und übergab ihm durch seine Verbin-
 dung mit der Großindustrie die Mittel zur Veranbarung und Fort-
 führung. So wurde die schwere Krise überwunden und nach
 Lösung der Schulden und Abschreibung reichlicher Rücklagen
 konnte die Dividende eine beträchtliche Steigerung erfahren; von
 5 Prozent für das Jahr 1860 stieg sie auf 10 Prozent für 1861
 und 15 Prozent für 1862. Der Besitz an Erzgruben, besonders
 im Rastatter Gebiet, wurde vergrößert. Die Förderung betrug
 1856 62 000 Tonnen, bis 1865 hatte sie sich auf 94 000 Tonnen
 gesteigert. Braun-, Rot- und Magnetkieseisen wurden ge-
 wonnen, die dann nach Ruhrort oder Bergheiderbeck zur Weiter-
 verarbeitung gelangten.

Am Rhein und an der Mosel betrieb die Gesellschaft große
 Gruben, die besonders Spateisenerz und auch Blei- und Kupfer-
 erz lieferten. Im Ruhrgebiet hatte der Phönix 45 Gruben in
 der Zeit von 1855 bis 1872 in Besitz genommen, in denen im
 Durchschnitt 40 000 Tonnen Brauneisenerz gefördert wurden.
 Den Bedarf an Kohlen deckte freilich die auf 30 Jahre in Besitz
 genommenen Zechen „Graß Beck“ und „Karlus Regius“
 in Höhe von 190 000 Tonnen nicht, als jedoch später die
 Abteilungen Kupferberg und Schwelmer billige Kohlen von
 den Nachbargruben bezogen, deckten die beiden Zechen den
 Bedarf Ruhrorts und Vorbeis zur Gänze.

Nach immer blieb die Roheisenerzeugung einer der wichtigsten
 Faktoren im Geschäftsgang des Phönix. Sie stellte sich jährlich

auf annähernd 60 000 Tonnen, wovon man 40—50 000 Tonnen
 selbst weiterverarbeitete, während das übrige Roheisen verkauft
 wurde. Zur Herstellung der Fertigwaren bedarf der Phönix
 die Werke in Ruhrort und in Schwelmer, letzteres war freilich bald
 von dem Ruhrorter Werk überflüssig worden; während die
 Erzeugungsziffer bei Schwelmer seit über 20 000 Tonnen
 hinaus kam, stieg sie bei Ruhrort bis 1865 auf etwa 35 000
 Tonnen.

Nun waren dem Ruhrorter Werk aber auch alle Bedingungen
 für ein gutes Schaffen gegeben. Die günstige Lage in dem aus-
 blühenden Industriegebiet, und die leichte Zufuhr alles Not-
 wendigen auf dem Rheinstrom. Das Werk wurde weiter aus-
 gebaut, zur Umwandlung des Roheisens in Stahl bedarf Ruhrort
 50 Puddelöfen, von denen gewöhnlich 30—40 in Tätigkeit
 waren. Die Hauptverarbeitung des Roheisens bestand in der
 Herstellung der Schienen, deren Produktion sich Ende der 50er
 Jahre auf 26 000 Tonnen stellte.

Die Schwelmer Abteilung hatte als Ertrag für die frühere
 Schienenherstellung diejenige von Handels- und Formeisen
 übernommen, sie stieg von 2000 Tonnen im Jahre 1858 auf
 7500 im Jahre 1864, ferner stellte sie Erzeugnisse und
 Schmiedebände in bis 1000 Tonnen jährlich her.

So stellte der Phönix ein sehr erfolgreiches Unternehmen dar, das
 in seiner Größe und Ausdehntheit und hinsichtlich seiner
 Produktion mit zu den größten Werken Deutschlands zählte.
 Die Steigerung hielt nicht an, als nach dem glücklichen
 Abgange von 1870/71 das deutsche Wirtschaftsleben einen mächtigen
 Aufschwung nahm, der Absatz vergrößerte sich, so daß die
 Werke den Anforderungen kaum genügen konnten, die Preise
 für die Produktion stiegen stetig. Die Spekulation an den
 Börsen konnte keine Grenzen mehr. Um großen Schritt mit
 dem Industrieland Großbritannien zu halten, entschloß man

sich in Deutschland schnell das neuentdeckte Bessemerver-
 fahren einzuführen, jedoch war anfänglich die Produktion in-
 folge der phosphorischen Erze noch gering. Auch der Phönix
 begann in Ruhrort mit dem Bau eines Bessemer- und gütlich-
 zeitig eines Martin-Siemens-Werkes; die Hochöfen wurden um-
 gebaut und andere Veränderungen für Hochofenbereitung ge-
 troffen werden. Noch waren die Werke erst halb vollendet, da
 brach im Herbst 1873 ein so gewaltiger wirtschaftlicher Niedergang
 ein, daß die Entwicklung mit einem Schläge zum Stillstand
 kam. Die deutsche Volkswirtschaft hatte sich zu schnell ent-
 wickelt; das junge Gebilde konnte die ungeheuren Kräfte, die
 ihm zugeführt wurden, nicht umarbeiten und durch neue Werte
 ersetzen. Unter dem Sturm gingen naturgemäß die meisten
 Werke zurück, einige lagen durch Jahrzehnte brach, und manche
 kennt man heute nur noch dem Namen nach. Die Krise des
 Jahres 1873 hatte in erster Linie eine Zerrüttung der Börse be-
 wirken und dargetan, daß man das Vertrauen zur der stürmischen
 Entwicklung verloren hatte. In der Eisenindustrie machte
 sich anfangs der Umwälzung nicht fühlbar geltend, obwohl die
 Preise für fertige Waren und später auch für Roheisen sanken.
 Immerhin hatte der Phönix 1873/74 noch einen Reingewinn
 von 1 Million Mark und teilte 8 Prozent Dividende aus. Aber
 schon das folgende Jahr bot trübseligere Aussichten, die Preise
 sanken immer mehr und der Absatz wurde immer schwieriger.
 Im Jahre 1874/75 verteilte man keine Dividende mehr und der
 Reingewinn von 800 000 Mark wurde in voller Höhe abge-
 schrieben. Zudem wuchsen die Bankschulden ins Ungeheure und
 trotz der Erhöhung des Aktienkapitals betrugen diese 1874 an
 5 000 000 Mark. Dann lagerte als schwerer Druck die drohende
 Aufhebung des bestehenden Eisenzolles auf dem deutschen Groß-
 gewerbe. Unter dem Schlag der Zölle hatte sich gerade erst die
 Industrie entwickelt und die Aufhebung derselben wirkte sie der

tanindustrie, wie die Kohlenindustrie etc. kartelliert ist, jene im Kohlenhandel, diese im Roheisen- und Stahlwerkverband. Die Abhängigkeit der weiter verarbeitenden Werke von diesen fest gefügten Kartellen mit ihrer monopolistischen Preispolitik ist natürlich höchst unangenehm, sie kann ein rentables Arbeiten außerordentlich erschweren. Das Gleiche gilt von der Roheisenindustrie hinsichtlich ihrer Versorgung mit Kohle. Es ist ein Lebensinteresse für viele Werke, sich von den Kartellen unabhängig zu machen. Am vollkommensten geschieht das durch die Angliederung weiterer Betriebe. Gerade in unserer Industrie haben ja die Fusionen und Interessengemeinschaften eine Bedeutung erlangt, wie sonst kaum irgendwo. Die reinen Werke legen sich Hochöfen, Kesselherge etc. bei. Die Unternehmungsform der Aktiengesellschaften erleichtert derartige Fusionen ungemein. Und auch ohne daß als letzteres Ziel eine wirkliche Verschmelzung verschiedener Betriebe stattfindet, ist durch den Ankauf von Aktien eine Einflußmöglichkeit auf ein anderes Werk gegeben. Wenn wir die Bilanzen unter diesem Gesichtspunkt durchsehen, so finden wir Kosten wie Beteiligungen, Wertpapiere etc., unter denen wohl in den meisten Fällen Aktien enthalten sind. Welchen unter Umständen die ganze Geschäftsgebarung beherrschenden Einfluß ein derartiges Unternehmen auf ein anderes ausüben kann, wird dem Lesenden immer schwerer, wenn nicht unmöglich sein zu beurteilen. Und dann erst die Banken! Ganz systematisch verfahren die, um sich bestimmte Industrien unterzuordnen — schamlosartig wird manchmal die Macht der Banken auf die Industrie durch gewisse Vorgänge beleuchtet. Ich erinnere nur an den Streit der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft in der Frage des Petroleummonopols. Mit Stolz weist man mitunter daraufhin, daß wir in Deutschland eine Verknüpfung der Industrie nicht kennen; nichts falscher als das. Auch unsere Industrie wird in den verschiedensten Zweigen durchaus beherrscht von einer Anzahl Geblute, und wenn ein gesetzlicher Zwang bestünde, der eine Veröffentlichung der einzelnen Beteiligungen erzwingt, so kämen trotz aller Vertuschungsmöglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten ganz eigentümliche Dinge ans Tageslicht.

Bietet so die Aktiengesellschaft die Möglichkeit einer an sich keineswegs erfreulichen Erscheinung, so darf man doch auch auf der anderen Seite den großen Fortschritt nicht zu gering einschätzen, der in dem Hand in Hand arbeiten der verschiedenen Betriebe in technischer Hinsicht gelegen ist. Neben einer besseren Ausnutzung der Anlagen geht eine Ersparnis an Betriebskosten einher, die eine Verbilligung der Waren und damit eine bessere Versorgung des Volksganges mit sich bringen kann.

Man hat wohl auch versucht, der Aktiengesellschaft einen gewissen Einfluß auf die Einkommensverteilung zuzuschreiben und diesem geht sogar so weit, daß er den Beamten, ein, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, beträchtliches Einkommen aus ihrem Aktienbesitz zufließen läßt. Im einen oder anderen Fall mag das zutreffen, es aber als Regel aufzufassen, geht entschieden zu weit. Ebenso wie wenn man sagen wollte, daß durch Dividendeninkommen ein nennenswerter Teil der Bevölkerung ein arbeitsloses Einkommen bezöge. Für den Arbeiter hat die Entwicklung der Aktiengesellschaft das gebracht, was ihm aus dem Großbetrieb selbst geworden. Eine Lösung des persönlichen Verhältnisses zum Unternehmer, den er ja gar nicht kennt, auch hier — die Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses zu einem Machtverhältnis; damit aber auch die Notwendigkeit, eine Statusvertretung sich zu schaffen, um die berechtigten Interessen zur Geltung zu bringen.

Zur Textilarbeiterausperrung in Krefeld.

Die Genossenpresse berichtet wieder einmal eine Schlammflut gegen die christlichen Gewerkschaften, weil der christliche Textilarbeiterverband in Krefeld die Vorarbeiten des sozialdemokratischen Verbandes nicht mitmacht, sondern streng nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelt. Wie ist das gekommen? Zu den wenigen Sparten der Textilindustrie, deren Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind, gehören die Krefelder Färber. Der für drei Jahre geltende Tarif lief am 4. Dezember 1912 ab. Die von dem christlichen und dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande gemeinsam geführten Erneuerungsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Angebote der Arbeitgeber gingen den Färberarbeitern nicht weit genug. Da die Konjunkturverhältnisse damals für einen Kampf ungünstig lagen, brachen die Arbeiter die Verhandlungen ab und arbeiteten tariflos weiter. Ende Januar 1913 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. In einer von beiden Verbänden an die Unternehmer gerichteten Eingabe wurde in der Hauptsache eine Lohn- und Arbeitszeitverkürzung gefordert.

Eine Einigung erfolgte nicht und so traten die Färber am 21. Februar in den Streik. Vorweg sei aber festgestellt, daß nicht die Lohnfrage und Arbeitszeitverkürzung die eigentliche Ursache des Kampfes bilden, sondern der Ablauftermin des Vertrages. In der Lohnfrage waren etwa 9 Proz. Erhöhungen gefordert und 7 Proz. bewilligt worden und ähnlich liegt bei der Arbeitszeitverkürzung. Selbst das Krefelder Sozialistenorgan, die „Niederrheinische Volkstribüne“ schrieb: Der Ablauftermin ist der eigentliche Angelpunkt. Die Unternehmer beanworteten die Ablehnung mit einer allgemeinen Aussperrung der Krefelder Textilarbeiter.

In einer so ernsten Lage, bemerkt ganz richtig das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, muß sich ein Gewerkschaftler gewissenhaft fragen, was zu tun ist. Die Zusammenhänge der Arbeitsfrage waren nicht unklar. Von den Lohnforderungen in Höhe von 9 Proz. hatten die Färberarbeiter rund 7 Proz. bewilligt bekommen, in einem Gesamtbetrage von rund 250 000 Mk. im Jahre.

Die Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes leugnen der sozialdemokratischen Organisation keinen Zweifel darüber, daß sie unter diesen Umständen eine Ausnahme des Streikgesetzes, dessen Ausgang mindestens sehr zweifelhaft sei, nicht zu rechtfertigen vermöchten. Jedoch war noch eine Position in dem Tarifangebot, die zu ersten Bedenken Anlaß gab: der Ablauftermin, den die Fabrikanten nicht ohne Absicht auf den Dezember verschieben wollten. In der Regel geht um diese Zeit das Geschäft flau; der Dezember ist also für die Arbeiter sehr ungünstig. Die Färber betrachteten diesen Endtermin als den Kardinalpunkt der noch verbliebenen Streitfragen.

Die Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes verurteilten, diese gefährliche Stelle aus dem Tarifangebot zu entfernen. Sie machten dem sozialdemokratischen Verbande diesbezügliche Vorschläge und richteten an ihn zugleich das Ersuchen, er möge seine Mindestforderungen einmal klipp und klar formulieren. Das wurde zugesagt, aber die Antwort blieb aus. Auf telephonische Anfrage hin erklärte schließlich der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, ihre Kommissionsmitglieder hätten über das Ersuchen der Vertreter des christlichen Verbandes gelauscht. Auf die bestimmte Anfrage hin, ob der rote Verband denn nicht alles tun wolle, um die Aussperrung zu vermeiden, erwiderte dessen Vertreter:

„Der „freie“ Verband lehne es zur Zeit ab, einen weiteren Einigungsversuch zu unternehmen. Er sei seinerseits der Ansicht, die Arbeiter hätten entgegenkommen genug gezeigt, jetzt müsse der Kampf entscheiden.“

Der sozialdemokratische Verband lehnte es also glatt ab, einen letzten Versuch zu einer friedlichen Verständigung zu unternehmen. Von dem Zeitpunkt an mußte der christliche Textilarbeiterverband, der bis dahin alle Schritte mit dem „freien“ Verband gemeinsam unternommen hatte, seine eigenen Wege gehen. Seine Bemühungen hatten Erfolg. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters stimmten die Unternehmer folgender Formel zu:

Der Tarif läuft Dezember 1916 ab. Kommt es bis zum Ablauf des Tarifs zu keiner Verständigung, dann verzichten die Unternehmer sowohl als auch die Arbeiter bis zum 31. März 1917 auf das Recht des Streiks bzw. der Aussperrung. Die Frist von Dezember bis März soll dazu zu weiteren Verhandlungen zwecks Erreichung einer Verständigung benutzt werden.

Damit waren die Bedenken gegen den Endtermin, des Tarifs aus dem Wege geräumt. Von einer weiteren Fortdauer des Kampfes waren keine größeren Erfolge zu erwarten. So ergab sich für den christlichen Textilarbeiterverband die Pflicht, eine für die Arbeiter und den Verband günstige Regelung der Dinge herbeizuführen. Der Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Schiffer, trat, so schreibt die „deutsche“ Textilarbeiterzeitung, an den Oberbürgermeister von Krefeld und den Herrn Regierungspräsidenten Kreis-Rüffelsdorf zwecks Vermittlung heran. Die Herren erklärten sich bereit, bei dem Arbeitgeberverbande ihren Einfluß geltend zu machen, daß dieser die Aussperrung aufhebe. Jedoch konnten sie es nur unter der Bedingung, daß die streikenden christlichen Färber sich verpflichteten, nach Aufhebung der Sperre die Arbeit wieder aufzunehmen. In einer kleineren Sitzung einiger führender Färber des christlichen Verbandes erklärten sich diese in ihrem Namen und im Namen ihrer Kollegen bereit, die Arbeit aufzunehmen, wenn der Unternehmerverband die Sperre aufhebe. In einer Versammlung der streikenden Färber, die am Dienstag, den 31. März, stattfand, wurde mit allen gegen zwei Stimmen der beschlossene Beschluß gefaßt. Dem Oberbürgermeister wurde dieser Beschluß bei der Färberversammlung sofort brieflich mitgeteilt. Tatsächlich ist es den Bemühungen des Herrn Oberbürgermeisters gelungen, in der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes einen Beschluß auf Aufhebung der Aussperrung zu erzielen, dessen Wortlaut wir hier folgen lassen:

„Auf vielfachen Wunsch aus Arbeiterkreisen und auf Anregung der königlichen Staatsregierung beschließt die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie, daß die am 17. März eingetretene Sperre zurückgezogen und daß der Betrieb in sämtlichen Werksbetrieben am Donnerstag, den 3. April, vormittags 7 Uhr wieder aufgenommen wird, soweit Arbeit vorhanden ist.“

In den Färberbetrieben werden diejenigen Arbeiter, die sich bis zum Mittwoch, den 3. April, einschließen, zur Arbeit genehmigt haben, zu den neuen Bedingungen unter Anerkennung des Tarifs eingestellt, soweit Arbeit vorhanden ist.

Besüglich der Wiedereinteilung und Bezahlung derjenigen Arbeiter, die bis dahin nicht eingetreten sind, behält sich der Arbeitgeberverband alles weitere vor.

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie unterhält ab Donnerstag, den 3. April bis auf Weiteres die Färber- und Arbeiter für jeden fehlenden Arbeiter mit 8 Mk. pro Tag und pro Kopf solange, bis zwei Drittel der Beschäftigten der einzelnen Betriebe in Stärke vor dem Streik die Arbeit wieder aufgenommen haben.“

Nach diesem Beschluß, des Arbeitgeberverbandes setzte eine geradezu schamlose Hege der Sozialdemokraten gegen den christlichen Textilarbeiterverband ein. Waren doch den Genossen die Helle fortgeschwommen.

Durch sein allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hohn sprechendes Verhalten wollte der rote Verband nichts anderes, als wie den christlichen Verband „zum Bluten zu bringen“, wie es aus allen sozialdemokratischen Verkehrskreisen der Krefelder Sozialdemokraten heranschlief. Tatsächlich sollte die rote Aktion einen Schlag gegen die christliche Textilarbeiterorganisation sein. Das tritt mit jedem Tage deutlicher in die Erscheinung. Ueberblickt man den bisherigen Verlauf der ganzen Bewegung, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es nur darauf abgesehen war, eine Aussperrung zu provozieren, die dem christlichen Verbande die Kasse leeren sollte, was er doch mit circa 6000 Mitgliedern betätigt, welches im Hinblick auf die beiderseitigen Mitgliederzahlen eine fünfmal stärkere Belastung für den christlichen Verband darstellt, wie für den sozialdemokratischen.

Gegenüber dem sozialdemokratischen Hege- und Verleumdungselbzeug stellt unsere Bruderorganisation in der „Textilarbeiterzeitung“ fest:

1. Die Färber forderten alles in allem 9 Proz. Lohn- und Arbeitszeitverkürzung. Sie erzielten 7 Proz. bewilligt. Das war ein schöner Erfolg, der den Arbeitern nicht immer bei Bewegungen beschieden ist. In anderen Bezirken hat der „deutsche“ Verband unter viel ungünstigeren Bedingungen abgeschlossen. Hier verlangt er sonderbarerweise die Bewilligung der letzten Forderung.

2. Die noch ausstehenden Differenzpunkte stehen in gar keinem Verhältnis zu den großen Opfern, die die Aufnahme der Aussperrung erfordert. Es ist vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ein direkter Unfug und ein Verbrechen zugleich, einen Kampf, der ungeheure Kosten nach sich zieht, aufzunehmen, der 100 000 kostet, aber nur 1000 einbringt. Der „deutsche“ Verband gibt in Krefeld ein gesundes gewerkschaftliches Prinzip eine alte gewerkschaftliche Regel preis. Er will also den Kampf.

3. Die Unternehmer kamen den Streikenden auf ziemlich weitem Wege entgegen. Selbst in einer Eingabe des sozialdemokratischen Verbandes hieß es, daß das Entgegenkommen der Unternehmer „nicht unbeträchtlich sei.“ Aber in der Eingabe hieß es auch ganz kategorisch, der „deutsche“ Verband schließe einen Vertrag „nur dann ab“, wenn die Unternehmer auch die weiteren Forderungen bewilligten. Das „nur dann“ läßt darauf schließen, daß der „deutsche“ Verband die Arbeitgeber provozieren und einen Riesenkampf unbedingt wollte.

4. Das geht ferner daraus hervor, daß der „deutsche“ Verband es ablehnte, einen letzten Versuch zu einer Verständigung vor Durchführung der Aussperrung zu machen. Es ist Pflicht jeder gewissenhaften Gewerkschaftsleitung, einen solchen Versuch zu unternehmen. In diesem Falle umso mehr, als eine Konferenz der Ausschüsse der Verbandsleitungen dringend ersucht hatte, vor der Aussperrung einen Verständigungsversuch zu versuchen. Der „deutsche“ Verband unterläßt es. Er jagte ausdrücklich, daß er einen letzten Verständigungsversuch nicht mitmache und der Kampf entscheiden müsse. Er wollte also den Kampf.

5. Die Färber hatten den Endtermin als den „eigentlichen Angelpunkt“ des Tarifs bezeichnet. Unserem Verbaude ist es durch Vermittlung des Oberbürgermeisters gelungen, die gefährliche Stelle aus dem Tarifangebot zu beseitigen. Jetzt erklärte der „deutsche“ Verband, daß er sich damit nicht einverstanden erklären könne; die und die Punkte müßten bewilligt werden, bevor der Kampf abgebrochen werden könnte. Jetzt bildeten andere Dinge den „Angelpunkt des Tarifs“. Man suchte nach Gründen, um die Aussperrung zur Durchführung zu bringen.

6. Ein ganz gemeiner Verleumdungselbzeug gegen unsern Verband setzte ein. Eine Schlammflut von Lügen und Verdächtigungen ergießt sich gegen ihn. Nach der Methode des früheren Bergarbeiterführers Möller, „treten die Färber vor den Bauch und streichelt die Mitglieder“, wird die weiße Hege auf der ganzen Linie betrieben. Unseren Mitgliedern, die ihrem Verbaude in den Rücken fallen, empfiehlt man, überzutreten; es wird ihnen die volle Unterstützung des „deutschen“ Verbandes angeboten.

Bergegenwärtig man sich alle diese Dinge, dann muß sich die Ueberzeugung befestigen, daß es der „deutsche“ Verband nur darauf abgesehen hat, unsern Verbaude einen Schlag zu versetzen; denn wir sind mit rund 6000, der „deutsche“ Verband nur mit rund 4000 Mitgliedern an der Sache beteiligt. Unsere Beteiligung ist im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft fünfmal härter als die des „deutschen“ Verbandes. Das ist des Pudels Kern.

Wir wären wert, mit Rot beworfen zu werden, wenn wir uns gegen diesen Erdrosselungsversuch nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzten.“

Die schamlos-hinterlistige und direkt arbeiterschädigende Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird darum auch in allen sozialpolitisch ernst denkenden Kreisen entschieden verurteilt. So urteilte die „Soziale Praxis“ (Nr. 26/1913), das Organ der Gesellschaft für Sozialreform, über den Erdrosselungsversuch des roten Verbandes:

„Der „deutsche“ (sozialdemokratische) Textilarbeiterverband ist in diesen auf die neuen Einigungsvorschläge ebensowenig eingegangen, wie auf die früheren. Sein Verhalten ist von einer überraschenden, in der Geschichte der modernen Arbeitskämpfe nur selten zu findenden Intransigenz getragen und dürfte bei einem Vergleich der Kosten, die die Aussperrung der Arbeiter bereitet, mit dem bestenfalls zu erzielenden Erfolge sich als recht verfehlt erweisen.“

größeren, leistungsfähigen englischen Industrie ausstiefern. Dennoch wurde die freihändlerische Theorie in die Praxis umgesetzt und am 1. Januar 1877 wurden die Eisenöle eingeführt, im Jahre 1879 jedoch wieder eingeführt, nachdem man die Schädlichkeit des Freihandels unserer jungen Industrie gegenüber erkannt hatte. Der Rhönig überließ auch die schlechten Zeiten des Niederganges, da es ihm gelungen war, die ganze Zeit hindurch die Betriebe in angemessener Beschäftigung zu halten. Von 1877 an begann der Absatz wieder zu steigen und zwar von 87 000 Tonnen auf 120 000 Tonnen. Die achtziger Jahre benutzte der Rhönig ganz besonders zum Ausbau und zur Erneuerung seiner Anlagen; man bemühte sich um Verbesserung der Bessemerstahlerzeugung. Immerhin gelang es nur, 40 000 Tonnen jährlich zu erlassen, bis an die Stelle der bisherigen Stahlbereitung das Thomasverfahren trat, das in wenigen Jahren der deutschen Industrie eine rapide Entwicklung bringen, den Einfluß der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt erheblich vergrößern und den Kampf gegen das allmächtige England siegreich aufnehmen sollte. Im Jahre 1881 hatte die Rhönig das Thomas-Entphosphorungsverfahren zu einem Preise von 300 000 Mark übernommen, die in sieben Raten an den Förder Hüftenderein und die Rheinischen Stahlwerke zu zahlen waren. 1884 wurde der erste Thomasstahl erblasen. Aber die anfänglichen Versuche brachten bei den verschiedenen Erzförtern nicht den gewünschten Nutzen, bis das dem Rhönig patentierte Kuhlungsverfahren, nach welchem das vollständig entphospte Eisen nach dem Abgießen durch Zusatz von Koksstaub auf jede beliebige Härte gebracht werden kann, gründliche Remedur schaffte.

Es dauerte immerhin zwei Jahre, bis das Thomasstahl betriebstüchtig war und zur Zufriedenheit arbeiten konnte. In den Jahren 1882 und 1883 wurden fünf weitere Hochöfen ge-

baut und zwar in Ruyholt vier und in Borbeck einer. Als wichtige Neuerung angeführt werden, das System Comper, wie es heute noch allgemein in Gebrauch ist. Die Hauptzeugnisse in Ruyholt waren Schienen, Handelsseilen, Radreifen, Achsen, Träger, Gussstücke und Draht. Von der 1887 etwa 100 000 Tonnen betragenden Gesamtleistung der Ruyholter Abteilung waren 23 000 Tonnen Halbzeug. Der Verkauf vom Halbzeug stieg ziemlich gleichmäßig von Jahr zu Jahr und stellte sich 1895 auf 103 000 Tonnen bei 208 000 Tonnen Gesamtleistung.

Eine nicht geringe Gefahr für die damalige Eisen- und Stahlindustrie lag darin, daß eine Anzahl Stahlwerke aus reinen betriebstechnischen Gründen zuviel Halbzeug herstellten und dadurch eine Verdrängung der Marktverhältnisse herbeiführten. Tatsächlich wurden durch die billigen Halbzeugpreise viele kleinere Werke veranlaßt, nach Eröffnung ihrer Puddelbetriebe zur reinen Halbzeugfabrikation überzugehen. Diese „reinen“ Walzwerke wurden nun den Stahl- und Walzwerken große Konkurrenz zu erwehren. Das Aufkommen der „reinen“ Walzwerke in dem Umfange, wie es sich zeigte, war die notwendige Begleiterscheinung des großen Aufwachsens der Stahl- und Eisenindustrie Deutschlands; wenn sie in der ersten Zeit ihres Bestehens günstige Resultate erzielen konnten, so mußten sich ihnen doch Schwierigkeiten entgegenstellen, als die Stahlwerke selbst zur Verarbeitung ihres Rohstahles in eigenen Werken übergingen. Da war es eine natürliche Folge, daß die reinen Walzwerke, die eigentlich stets zu den Stahlwerken gehörten, sich mit diesen wieder verschmolzen, wie es die weitere Verschmelzung des Rhönig mit der Westfälischen Union zeigte.

(Fortsetzung folgt.)

Dieser neueste sozialdemokratische Schurkenstreich gegen die herzlich organisierte Arbeiterschaft ist eine Fortsetzung der roten Verräterei gegen unsere Mendener Kollegen. Gegen solche niederträchtigen Unnaufnahmen gilt es ganz entschieden Front zu machen. Christliche Arbeiter sind nicht vogelfrei dem fanatischen Haß der Sozialdemokratie ausgeliefert. Nie nicht organisierten christlich-nationalen Arbeiter sollten aus dem arbeiterschützenden Gebahren der Gewissen erkennen, wo ihr Platz ist. Nur durch eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung kann der sozialdemokratische Gewaltakt, die einem Verbrechen an der Arbeiterschaft gleichkommt, erfolgreich Widerstand geleistet werden.

Gelbe Agitationsweise

Ein Teil der Metallindustriellen der Dürener und Schweizer Gegend gibt sich in letzter Zeit viel Mühe, gelbe Werkvereine zu gründen und eingeschlossene wieder zum Leben zu erwecken. Weil nun aber das „Gelb“ bei der Arbeiterschaft tief im Kurse gesunken ist, sehen sich die Förderer und Stützer der Gelben nach Zugmitteln um. So hielt der Aachener Bezirksverband der „nationalen wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiterbewegung am 9. März in Aachen und Schweizer Versammlungen ab. Durch Plakate wurde bekannt gemacht, für die Aachener Versammlung habe ein Ordenspriester das Referat übernommen. Mit dieser Ankündigung gedachte der gelbe kirchhofsfriedliche Bezirksverband den vorwiegend katholischen Arbeitern an der „Selbstant“ Sand in die Augen streuen zu können und die gelben Werkvereine mit dem Nimbus gut kirchlicher und religiöser Gesinnung zu umkleiden.

Aber auch das Mittel zog nicht. Steht es doch heute für jeden denkenden Arbeiter fest, daß die gelben Vereine in religiöser Beziehung ebenso sehr zu verwerfen sind, wie in nationaler und sozialer Hinsicht. Durch ihren durch und durch reaktionären Charakter arbeiten die gelben Werkvereine nicht nur der Sozialdemokratie in die Hände, sondern infolge ihrer unselbständigen Schmarohereizität wirken sie direkt demoralisierend auf ihre Mitglieder. Sie erziehen keine Charaktere, keine selbständigen, selbstbewußten Menschen. Aus diesem Grunde haben auch die konfessionellen Arbeitervereine ihren Mitgliedern die Mitgliedschaft in einem gelben Werkverein unter sagt. Und auch der Ordenspriester, den die Aachener Gelben als Zugmittel für ihre Versammlung benutzten und als Zugmittel für ihre fadenförmige Sache zu benutzen gedachten, lehnte es ab, in der gelben Versammlung zu reden.

In Schweizer tagte die gelbe Versammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Zugelassen wurden nur solche, die im Besitz einer Eintrittskarte waren, die zum Teil von Arbeitgebern ausgehändigt wurden. Das Verhalten der Arbeitgeber gibt zum Mißtrauen allen Anlaß, wenn man bedenkt, daß dieselben Herren mit Argusaugen darüber wachen, daß kein von ihnen beschäftigter Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften anschließt. Wegen dieser wird im Düren-Schweizer Revier von einzelnen Arbeitgebern ein Kampf geführt, wie man ihn in sozialdemokratischen Domänen Sozialdemokraten gegenüber nicht kennt.

„Wir wollen unsere Angelegenheit auf friedlichem Wege regeln.“ So schwindelte man die Arbeiter in den gelben Versammlungen an. Sind vielleicht die Arbeiter des Düren-Schweizer Reviers bis jetzt nicht allzu friedliebend gewesen? Wo aber sind die Lohn erhöhungen geblieben? Ein großer Teil der Arbeiter des Reviers steht auch bis heute der Organisation noch fern, war also nach Ansicht der Gelben friedliebend. Was hat ihnen ihre Friedensliebe eingebracht? Soviel, daß hier die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie anzutreffen sind.

Und was gibt den Arbeitgebern Veranlassung, jetzt die gelben Werkvereine mit allen Mitteln zu fördern? Nur der Umstand, daß es sich unter der Arbeiterschaft regt, weil die Verhältnisse unerträglich werden, weil ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anfängt, Freische in die Reihen des Indifferentismus zu legen. „Die Arbeiter brauchen keine Beiträge in den gelben Werkvereinen zu zahlen“, so heißt es: aber trotzdem zahlen sie das Doppelte, ja das Zehnfache wie in den Gewerkschaften, und zwar durch die Einbuße am Lohn. Den Zuschuß, den der Arbeitgeber leistet, gibt dieser als Geschäftsmann. Nach den Berichten der Rhein-Westfäl. Berufsgenossenschaft von 1910 ist die Steigerung der Löhne im Bezirk Essen am geringsten. Der Bezirk Essen, der vor Einführung der Gelben in den Löhnen tonangebend war, steht nach obigem Bericht jetzt in der Steigerung am tiefsten. Nach den Ursachen dieser Erscheinung braucht man nicht zu fragen, wenn man bedenkt, daß die Firma Krupp eine eifrige Förderin der gelben Werkvereine ist.

Teile und herrsche! Treibe einen Keil in die Einigkeit der Arbeiter! Das ist das Leitmotiv der Arbeitgeber, welche sich gelbe Werkvereine zulegen und sie mit Almosen aufzubehalten suchen. Unserer Metallarbeitergewerkschaft ist deshalb mit der gelben Bewegung nie und nimmer gebientigbar kann nur geholfen werden, wenn sie das für sich durchzuführen sucht, wozu alle übrigen Stände, vor allen Dingen die Metallindustriellen, den größten Gebrauch machen: das ist die selbständige Berufsgenossenschaft. Eine Organisation, die frei ist von Arbeitgeberzutaten, worin sich der christliche Metallarbeiter, ohne mit seiner religiösen und politischen Ueberzeugung in Konflikt zu kommen, frei bewegen kann. Allzu lange haben die Metallarbeiter in der Dürener und Schweizer Gegend mit verächtlichen Armen den Dingen zugehört. Das Vorgehen der Arbeitgeber hat ihnen die Augen geöffnet und sie mit aller Deutlichkeit hingewiesen auf den christlichen Metallarbeiterverband, die

einzig Vertretung ihrer berechtigten wirtschaftlichen Interessen.

Allgemeine Rundschau. Ausführung des Gesamtverbandes

Die diesjährige Frühjahrstagung des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wurde am 18. und 19. März in Köln abgehalten. Der Bericht des Vorstandes und die anschließende ausführliche Aussprache beschäftigten sich in der Hauptsache mit organisatorischen und taktischen Fragen, bei denen die diesjährigen Lohn- und Tarifbewegungen einen besonders breiten Raum einnahmen. Dem Zentralverband christlicher Arbeiter und verwandter Berufe wurde angeichts des von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampfes im Malergewerbe die nachdrücklichste Unterstützung der Gesamtbewegung zugesagt; ebenso dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter im Hinblick auf die große Aussperrung in Breslau. Das vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus unverantwortliche Verhalten der sozialdemokratischen Führer bei dieser Bewegung fand in der Ausführung die schärfste Verurteilung. — Im Anschluß an die Aussprache über den Geschäftsbericht wurde der Voranschlag des Stats für das laufende Jahr gutgeheißen, dem Vorstand für das letzte Berichtsjahr Entlastung erteilt und die Neuwahl der Vorstandsmitglieder vorgenommen. Gewählt wurden: Als erster und zweiter Vorsitzender die Kollegen Schiffer und Behrens; ferner die Kollegen Vogelsang, Imbusch, Wiebeberg, Wieber, Kurtzsch, Gutschke und Bräunlein Wichm.

Ein Vortrag des Kollegen Stegerwald über „Unsere Agitation“ griff ins volle Gewerkschaftsleben hinein und brachte im Verein mit der nachfolgenden Aussprache eine Menge wertvoller Anregungen, die nunmehr von den Verbandsleitungen und einzelnen Funktionären in die Praxis zu überführen sind. — Mit zwei wichtigen aktuellen Tagesfragen befaßte sich die Ausführung am zweiten Verhandlungstag: mit der Volksversicherung und der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik. Der Vortrag des Abg. Kollegen Joh. Becker über die Versicherungsfrage gab einen Überblick über die einschlägigen Verhandlungen im bürgerlichen Lager und ihre Ergebnisse. Das Referat des Herrn Dr. Weusch über die deutsche Zoll- und Handelspolitik war mehr informativ als kritisch; in großen Umrissen entrollte es ein Bild des deutschen Wirtschaftslebens in seinen vielfältigen Beziehungen zu den übrigen Nationen, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der handarbeitenden Volksschichten. Angeichts der bevorstehenden Erneuerung wichtiger Zoll- und Handelsverträge sollen die einzelnen Berufsgruppen im christlichen Arbeiterlager sich frühzeitig mit den sie besonders angehenden Einzelfragen beschäftigen und ihre Interessen nach Möglichkeit zu wahren suchen.

Die freie kirchlich-soziale Konferenz

hielt in der vergangenen Woche in Barmen-Eberfeld ihren 18. Kongress ab. Aus diesem Anlaß fanden am Abend des 8. April im Evangelischen Vereinshaus zu Barmen sowohl wie in Eberfeld gut besuchte öffentliche Volksversammlungen statt mit dem gemeinsamen Thema: Die Arbeiterbewegung, sozialdemokratisch, gelb oder christlich-national. Erster Redner in der Barmener Versammlung war Gewerkschaftssekretär Kollege Meher-Effen, der in anschaulicher und oft drastischer Weise die innere Hohlheit der sozialdemokratischen Ideen nach der religiösen, politischen und wirtschaftlichen Seite aufzeigte. Wenn die Internationale nach Webers Wort den Atheismus, also die offene Gottlosigkeit, die Republik als staatliche Mäxerordnung und die Gemeinamkeit der Produktionsmittel erstrebt, so ergibt eine genauere Prüfung dieser Forderungen für den gesunden Menschenverstand, daß die Verwirklichung besonders auf wirtschaftlichem Gebiet eine völlige Unmöglichkeit ist. Nicht der phantastische Zukunftsstaat bringt dem Arbeiter Hilfe, sondern praktische Gegenwartarbeit. Weiter zeichnete Redner die Entstehung der gelben Werkvereine, die z. T. in den Hochburgen der Sozialdemokratie als natürliche Reaktion gegen den Terrorismus der Genossen, aber auch durch das Drängen der Arbeitgeber entstanden sind. Auch sie müssen vom sittlich-religiösen, sozialwirtschaftlichen und nationalen Standpunkte abgewiesen werden, sie bilden in der Tat nur „einen Keil in der Arbeiterbewegung“. Ehe diese Bewegung einsetzte, war die christlich-nationale Arbeiterbewegung entstanden; sie stellte sich auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und erstrebt durch soziale Reform und Sammlung aller noch christlich-national denkenden Arbeiter eine Gleichstellung mit den übrigen Ständen. Nur auf diesem Wege kann die Sozialdemokratie endgültig überwunden werden.

Der zweite Redner war Reichstagsabgeordneter W. M. M., der, mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort nahm, um einen interessanten geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu geben, die zeigte, daß die deutsche Bewegung auch schon früher gespalten war. Sie konnte nicht einig sein, weil ein verschiedener Geist darin waltete. Männer, wie Liebig, Wieber, Brust und Tischendorf haben es früher ehrlich versucht, in neutraler Weise zu arbeiten, aber vergeblich. So entstand mit innerer Notwendigkeit die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die, aus kleinen Anfängen erwachsen, nun bereits einhundert Millionen Mitglieder hinter sich hat und auf wohlgeleitete Kongresse in Frankfurt und Berlin zurückblicken kann. Sie nur kann dem Arbeiterstand wirkliche Förderung bringen, weil sie mit dem arbeitenden Volk arbeiten will. Mit einem passenden Hinweis auf den Ernst der Gegenwart schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die kirchlich-soziale Konferenz hat 4418 zahlende Einzelmitglieder und 45 Unterorganisationen (darunter eine Anzahl kirchlich-sozialer Frauengruppen) in den verschiedensten deutschen Gauen, sie arbeitet mit einem Etat von 36 795 Mk., die ihr nächstehende soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland (Berlin N. W. 87, Tille Hardenbergstraße 28) zählt in den angehörenden Vereinen 303 120 Mitglieder.

Die Barmener Tagung der kirchlich-sozialen Konferenz hat durch ihre öffentlichen Versammlungen zweifellos dazu beigetragen, in den Kreisen der evangelischen Arbeiter eine gründliche Aufklärung über die christlichen Gewerkschaften zu verbreiten. Mögen unsere Kollegen durch eifrige Agitationsarbeit nun das Ihrige dazu tun, damit die ausgesäte Saat auch für unsere Bewegung praktisch fruchtbar wird.

Ueber die industrielle Nachtarbeit der Jugendlichen

schreibt Professor Sommerfeld in der „Hygiene“ unter anderem: Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren, ist wahrlich kein Ruhmesblatt

der deutschen Industrie, und ohne Störung des Betriebes haben bereits sehr hervorragende Werke auf herabgesetzte Leistungen verzichtet und aus eigenem Antrieb sogar das Schulkalter auf das 18. Lebensjahr hinaufgesetzt. Diese Schonung der Arbeitskraft der noch in der Entwicklung begriffenen jungen Leute ist um so bringlicher, als ja nach der tausendfältigen Erfahrung die Leistungsfähigkeit der Arbeiter bei Hütten- und Walzwerkindustrie mit 35 Jahren, wie Hartmann sich ausdrückt, die „Majorside“ erreichen. Die Internationale Delegiertenversammlung für gegenseitigen Arbeiterschutz in Zürich hat demnach bei dem Schweizerischen Bundesrat die Einberufung einer Internationalen Arbeiterschutzkonferenz angeregt, auf der u. a. auch das Verbot der industriellen Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter beraten werden sollte, und der Bundesrat hat auch bereits — selbstverständlich nach vorangegangener Anhörung — ein dementsprechendes Rundschreiben an die Regierungen der europäischen Staaten versandt. Es ist zu erhoffen, daß ein internationales Übereinkommen in dieser Frage zustande kommen wird.“

Die Verschmelzung der Arbeitgeberverbände

Ziemlich geräuschlos hat sich zu Anfang April die Verschmelzung der beiden im Jahre 1904 gegründeten zentralen Arbeitgeberorganisationen, der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und des „Bereins deutscher Arbeitgeberverbände“, vollzogen. Die neue Zentralorganisation der Arbeitgeber führt den Namen: „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“. Die Großindustrie hatte seither beinahe ausschließlich ihre Arbeitgeber-Interessenvertretung in der „Hauptstelle“, dem Anhängel des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“, während die Fertigungsindustrie, die mittleren und kleineren Betriebe in dem vom „Bund der Industriellen“ und dem „Gesamtverband deutscher Metallindustriellen“ geschaffenen „Bereins deutscher Arbeitgeberverbände“ ihre Interessenvertretung gegenüber den Arbeitern erblickten. Die Geschäftsführung der neuen „Vereinigung“ wurde dem bisherigen Geschäftsführer der „Hauptstelle“, Dr. Tänzler, übertragen. Nähere Mitteilungen über die Satzungen usw. der neuen Arbeitgeberorganisation liegen z. B. noch nicht vor.

Der Zusammenschluß der schon seit 1905 in einem Kartellverhältnis stehenden Arbeitgeberverbände zentralen muß für unsere Kollegen wieder ein Ansporn zu eifriger Aufklärungs- und Werbearbeit sein, eingedenk des Wortes: Willst du den Frieden — d. h. einen ehrlichen und keinen gelben Kirchhofsfrieden —, dann rüste zum Krieg.

Die Aussperrung im Malergewerbe.

Die Aussperrung im Malergewerbe nimmt ihren Fortgang. Es haben allerdings Einigungsverhandlungen stattgefunden, jedoch sind diese infolge der unerfüllbaren Ansprüche der Arbeitgeber gescheitert. Ueber die bezüglichen Verhandlungen, die nach einer Vorbereitungsphase der Parteivertreter am 8. und 9. April im Berliner Gewerbegerichtssaale stattfanden, wird berichtet:

Vor Eintritt in die Verhandlung verlangte Herr Beigeordneter Rath namens der drei Unparteiischen eine Erklärung darüber, ob der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes einen die Unparteiischen schwer beleidigenden Artikel der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ bekl. In diesem Artikel wurde den Unparteiischen der Vorwurf gemacht, daß ihre Taktik dahin gehe, die Forderungen der Parteien summanisch zusammenzuziehen und dann einfach zu dividieren ohne Rücksicht darauf, was aus dem betreffenden Gewerbegebiet wird. Ob dabei immer nur altruistische Motive als Triebfeder wirkten oder ein Tateindrang, der dem Trieb nach oben seines Entstehens verdanke, bleibe an und für sich gleichgültig. Der Arbeitgeberverband verneinte das und versicherte die Unparteiischen seines vollen Vertrauens, obgleich seine Sprecher mehrfach Ausführungen machten, die einem Mißtrauensvotum sehr nahe kamen. Besonders die Erklärung der Unparteiischen in Nr. 3 des „Einigungsamt“ betr. die paritätischen Arbeitsnachweise bildete für die Arbeitgeber den Stein des Anstoßes. Der Arbeitgeberverband verlangte sodann eine Anzahl Änderungen am Wortlaut des Tarifvertrages und die Reduzierung der durch die Schiedsprüche vom 24. Februar festgesetzten Lohnhöhen auf drei Pfennig auf die drei Tarifjahre verteilt. Einer engeren Kommission gelang es, in hundertstündigen Beratungen die Streitpunkte bezüglich des Tarifschemas durch Formulierung bezüglicher Erläuterungen auszuräumen, ohne am Wortlaut des Vertrages selbst Änderungen vorzunehmen. — Die aus dem Tarifschema hergeleiteten Gründe der Arbeitgeber zur Verschärfung der Aussperrung sind dadurch gegenstandslos geworden.

Zur Lohnfrage machten nunmehr die Vertreter der Arbeitgeber den Vorschlag, allgemein die Schiedsprüche dahin zu ändern, daß drei Pfennig Erhöhung sofort eintreten solle unter Wegfall der für die anderen Jahre vorgesehenen Erhöhungen. Die Gehilfenvertreter erklärten diesen Vorschlag für undiskutabel. In den Plenarverhandlungen am 9. April wurde das Ergebnis der Verhandlungen zum Tarifschema gutgeheißen unter der Voraussetzung, daß auch die Lohnfrage eine befriedigende Regelung finde. Hierzu erneuerte der Hauptvorstand der Arbeitgeber, Herr Kruse-Berlin, das in der Kommission gemachte Angebot. Die Gehilfenvertreter gaben dazu folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen lehnen das Angebot der Arbeitgeber, durch das sie die Wichtigkeit selbst noch unter die in den Schiedsprüchen festgesetzten Löhne herunterzugeben, grundsätzlich ab. Sie halten eine Verschärfung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedsprüche ohne weiteres für möglich. Dagegen können sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedsprüchen festgelegten Bedingungen über Löhne und Arbeitszeiten nicht als ausreichend anerkennen, weil die drückenden Verhältnisse nicht genügend gekürzt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgeschommene Aussperrung wesentlich verändert, indem durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher einzelner und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem „Bund deutscher Dekorationsmaler“ die Schiedsprüche bereits überholt sind.“

Demgegenüber verhartete der Arbeitgeberverband auf seinem Standpunkt. Die Unparteiischen stellten daraufhin mit dem Ausdruck des Bedauerns fest, daß die Einigungsverhandlungen gescheitert seien.

Der seit Anfang März andauernde Kampf wird also seinen Fortgang nehmen. Allerdings wird die Zahl der Aussperrten immer geringer infolge der steigenden Zahl von Arbeitgebern, die durch Anerkennung von Einzelverträgen den Frieden mit der Gehilfenschaft schließen. Daran ändern alle

Zwangsmassregeln der Innungen, — die übrigens jetzt verhältnismässig schon als geschäftlich vor den Aufsichtsbehörden annulliert wurden — und die Verurteilungen durch den Arbeitgeberverband nicht das Geringste. Nach den Kontrolllisten der Gewerkschaften betrug die Zahl der im Kampfe stehenden Ende der letzten Woche noch rund 14 1/2 Tausend gegen 16 1/2 Tausend in der Vorwoche.

Aus Wirtschaft und Technik. Geschäfts-Ergebnisse.

Die Eisenkühner Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft bezeichnet nach 21,7 Millionen Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 19,6 Millionen Mark. Davon werden 18 Mill. Mark als 10 Proz. Dividende verteilt. Produziert wurde in den beiden letzten Jahren unter anderem:

	1912	1911
Roheisen	1 487 643 T.	1 071 471 T.
Rohstahl	795 497 T.	584 909 T.
Walzfabrikate	634 492 T.	481 717 T.
Gießereifabrikate	148 740 T.	129 854 T.

Die Gesellschaft beschäftigt 49 670 Arbeiter und 2294 Beamte. Während im letzten Jahre die Zahl der Beamten eine Steigerung von 9% aufweist, nahm die Zahl der Arbeiter nur um 4 Prozent zu. — Die Maschinenfabrik Balle in Bochum erzielte nach 193 000 Mark Abschreibungen 596 000 Mark Reingewinn, die Dividende beträgt 16%. — Die U.-G. Düttmann, Neuhaus u. Gabriel Bergenthal weist für das abgelaufene Geschäftsjahr 401 000 Mk. Reingewinn auf. Dieser soll folgendermaßen verwendet werden: 16 304 Mark zur gesetzlichen Rücklage, 40 000 Mark zur Sonderrücklage, 47 780 Mark Gewinnanteile, 12% Dividende = 192 000 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 104 427 Mark. — Der Brückenbau-Gesellschaft Flender in Bentrath erbrachte das letzte Geschäftsjahr nach 170 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 255 000 Mark. Davon werden 128 000 Mark als 8 Proz. Dividende verteilt. — Die Direner Metallwerke erzielten nach 380 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 686 000 Mark. Die Dividende beläuft sich auf 12%.

Zusammenschlussbestrebungen in der Metallindustrie.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (407/1913): „Wie wir hören, haben die westdeutschen Emailierwerke sich zu einem wirtschaftlichen Verband zur Förderung und Wahrung ihrer Interessen, mit dem Siebzig, zusammengeschlossen. Die Bestrebungen, die bei den Emailierwerken zu diesem Erfolge geführt haben, sind unseres Wissens auch noch bei anderen Metallindustriewerke im Gange. In der Nr. 169 unserer Zeitung vom 9. Februar schilderten wir die missliche Lage, in der sich besonders die deutsche Messing-Industrie befindet. Diese Industrie hat bekanntlich ihren Schwerpunkt in Westfalen. Sie der Hauptwerke ist Minden, Bielefeld und Altena. Im ganzen Deutschen Reich be- stehen etwa 76 solcher Werke, wovon 1/3 auf den genannten Bezirk entfällt. Wiederholt sind Anläufe gemacht worden, die missliche Lage, in der sich diese Industrie befindet, dadurch zu verbessern, daß man die Gründung eines Syndikats beschloß. Leider aber hat sich dieses Syndikat nie länger als 1—2 Jahre halten können. Es ging immer wieder an den widerstreitenden Interessen auseinander. Als Gründe sind anzuführen: einmal die aufwendliche verschiedene geographische Lage bei den einzelnen Werken, dann die oft ganz verschiedenen Erzeugungs- und Absatz-Verhältnisse. Dann aber auch darf nicht verschwiegen werden, daß es den meisten dieser sogenannten Industriellen noch etwas an Korpsgeist fehlt. Sie beurteilen gemeinsam wirtschaftliche Interessen noch zu sehr unter dem engen Gesichtswinkel des eigenen Vorteils, können sich nicht von Sonderinteressen freimachen, um das Wohlergehen der Allgemeinheit in den Vordergrund zu rücken. Die missliche Lage scheint sich nur heute weiter verschärft zu haben, und man will, wie wir hören, zu ihrer Besserung nun Schritte tun. Vor kurzem hat in Hannover eine Besprechung der Metall-Interessierten stattgefunden, in der man prinzipiell zu dem Entschluß gekommen ist, zunächst einen wirtschaftlichen Verband der deutschen Metall-Industriellen mit Gruppenbildung zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu gründen. Man sucht also zunächst auf einem allgemeinen Gebiet zur Förderung und Hebung der Industrie beizutragen nach Art der Organisation der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen. Auf diese Weise sollen die Fabrikanten daran gewöhnt werden, gemeinsame Interessen zu pflegen und sich enger aneinander anzuschließen. Es ist beabsichtigt, eine rheinisch-westfälische Gruppe, eine mitteldeutsche, eine ostdeutsche und eine süddeutsche zu bilden. An die Spitze der Bestrebungen hat sich der Generaldirektor der Firma Wasse u. Selke, Herr Wasse, gestellt, der als langjähriger, angesehener Sachmann in der Metall-Industrie die Verhältnisse am besten zu beurteilen vermag. Es gilt zunächst, überhaupt einen Zusammenschluß zustande zu bringen, um die Gesamtinteressen der Metall-Industrie nach außen und nach innen fördern zu können.“

Auch vom Arbeiterstandpunkt wäre eine solche Vereinigung wünschenswert, denn die Verhältnisse der Arbeiter sind wirklich besserungsbedürftig, was natürlich bei einer schlecht florierenden Industrie schwerer hält wie bei einer gut prosperierenden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrags im Streit. Zugzug von Klempnern ist ferngehalten.

Dortmund-Schwerte. Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beseitigung von Mängeln gesperrt.

Dortmund-Witten. Das Wittener Gußstahlwerk (Abteilung Drahtwerk) ist gesperrt.

Solingen. Bei der Firma Kautenbach stehen die Formner im Streit.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhénania sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter stehen in Kündigung. Zugzug ist ferngehalten.

Hamburg-Altona. Die Bauhölzer stehen im Streit. Zugzug ist ferngehalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. April, der siebenzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. April 1913 fällig.

Bis Ende April muß die Abrechnung vom ersten Vierteljahr eingehandt werden. Diejenigen Verwaltungsstellen, die bis zum 1. Mai die Abrechnung nicht eingehandt haben, werden als rückständig im Verbandsorgan veröffentlicht.

Aus dem Verbandsgebiet

Düsseldorf. Ein Herr Josef Trabert vom Hirsch-Gewerkschaften, dessen Leitung den Vertragsbruch des Beamten Hartmann billigt, ist von einer Inspektionsreise zurückgekehrt. Hier hat er für sich und seine Organisation nur Gutes entbeht. Die Produkte seiner Entdeckungen sind in einem Artikel im bekannten „Gewerkeinsicht“ im „Regulator“ Nr. 14 niedergelegt. Wir finden hier auch unser Flugblatt verzeichnet: „Der öffentlichen Verachtung preisgegeben“.

Das geschieht jedoch in einer Weise, die Herrn Trabert wohl passen mag, nichtdestoweniger aber unehelich ist. Wenn man zitiert, soll man ganz zitiert. Wir fragen daher den Herrn Trabert, warum wird der Zwischenlag: „einer Organisation, die mit ganzen 38 Mann bei der einseitig vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband unternommenen Bewegung in Frage kommt“ fortgelassen?

Herr Trabert weiß natürlich, daß gerade dieser Satz erst die ganze Handlungsweise des hiesigen S.-D. Beamten kennzeichnet und jedem nachdenkenden Leser seines Artikels die Augen geöffnet haben würde.

Einseitig, wie in vielen sozialdemokratischen Hochburgen, verjuchte auch hier die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei einer Bewegung auf dem Dorenborfer Werke der Rh. Metallwaren- und Maschinenfabrik vorzugehen. Man erklärte offen, allein stark genug zu sein, um diese Bewegung durchzuführen. „Wir haben keine Christlichen und Hirsch-Gewerkschaften notwendig. Dieselben kommen überhaupt hier nicht in Frage.“ Das war die Agitationsparole der Genossen.

Natürlich konnte uns wie auch den S.-D. dieses Verhalten nicht unbekannt bleiben. Wir richteten uns dementsprechend ein. In einer zwecks Erlebigung anderer Sachen abgehaltenen Sitzung plagte den S.-D. Beamten die Neugierde. Er frag nach dieser Bewegung und erhielt von dem sozialdemokratischen Beamten Jäder zur Antwort:

„Wie sollen wir den Streik führen? Wir denken gar nicht daran? Bis zu den ersten 4—5 Wochen würde die Lokalfasse mit 4000—5000 Mark pro Woche belastet und von der 5. Woche an wenigstens mit 7000—9000 Mark pro Woche. Also, daran ist gar nicht zu denken. Doch werden wir eventl. die Betriebsperre verhängen und damit unsere Mitglieder befriedigen.“

Damit war die Wühlgierde des S.-D. Beamten befriedigt. Begreiflicher Weise wurde hierüber bis zum Trennungspunkt unter uns diskutiert. Die Antwort Jäders konnte keine Einladung und auch keine Benachrichtigung über die Bewegung sein. Das erkannte der S.-D. Beamte ausdrücklich an. Wenige Tage später wurde derselbe jedoch von der sozialdemokratischen Verbandsleitung telefonisch von zwei gemeinschaftlich sein sol- lenden Versammlungen benachrichtigt. Dies teilte er uns mit. Wir hatten keine Benachrichtigung erhalten und wollten daher nicht als „gelegentliche Gäste“, die man dulden oder auch mit „Hinauswerfen“ bedrohen kann — wie es schon geschah — angesehen werden. Alles war dem S.-D. Beamten bekannt. Von ihm wurde vor der Verhängung der Betriebsperre, nachdem man einseitig die Forderungen an das Werk gestellt, ein Einigungsversuch unternommen. Die Gewerkschaftssozialisten führten denselben aus nichtigen Gründen nicht aus. Sie hatten die Vergeltung wegen der Bereitelung ihres Vorgehens in Sünden gegen unsere Mitglieder beschlossen und spielten jetzt den Gefährten.

Ueber dieses Verhalten wurde von uns die beteiligte Arbeiterchaft aufgeklärt. Mittlerweile spielten in Stolberg die S.-D. den Verräter an der Arbeiterschaft und traten die Vertragsstreue mit Füßen. Diese Taten sind niemals abzuleugnen. Jetzt schwenkte auch der hiesige S.-D. Führer um. In zwei zu 99% Prozent von Sozialdemokraten besuchten Versammlungen besorgte er das Herunterreißen des abwesenden Beamten unseres Verbandes. Der Mann brachte durch seinen Radikalismus die Gewerkschaftssozialisten zum Lachen. Wenn man ihn nicht auf den Schultern trug, so war doch der ihm gespendete Beihrauch so dick, daß sein Bundesgenosse Jäder gehörige Angst bekam, alle seine Verbandsmitglieder würden jetzt zum S.-D. Gewerkschaft überzutreten. Daher besorgte er in späteren Versammlungen das Herunterreißen unseres Verbandes und des Beamten wieder selbst.

Ueber diese Vorgänge orientiert das von Herrn Trabert ganz beschämt angezeichnete Flugblatt: „Der öffentlichen Verachtung preisgegeben“. Hier wurde klar und überzeugend der Nachweis gebracht, daß in dem Vorgehen des hiesigen S.-D. Führers eine ganz gewisse Erkennstaktik liegt. Je unbedeutender man ist, desto weiter kann das Maul aufgerissen werden. Unter der Stimmkarte „Christliche Wahrheitsliebe“ verjucht Herr Ingenhoven eine Rechtfertigung seines Verhaltens. Wir haben hierauf nur zu erwidern, daß wir unsere in dem Flugblatt veröffentlichten Feststellungen mit unserem Namen herausgaben. Daher kann uns sein Kronzeuge nicht imponieren. Er weiß, daß auch wir nicht allein waren. Seine übrigen Bemerkungen von „Bruderkampf in geschäftiger Weise führen“ passen wohl für ihn und seine Organisation, die wirklich ein höchst überflüssiges Gebilde ist. Das wurde den S.-D. nach vor wenigen Tagen von der ihnen gesinnungsberwandten sozialdemokratischen Parteipresse bestätigt, die hervor- hob, daß man schon jetzt von den S.-D. Gewerkschaften nichts mehr höre, da dessen Führer der Ruhe bedürftig seien. Sie wollen nicht gestört werden in ihrem Schlaf. Von einem S.-D. Führer auf unsere Mitglieder erzählen aufmerksam gemacht zu werden, hat uns sonderbar berührt. Hatten sich nicht schon 52 000 Mitglieder unter dem Siegreichen Gewerkschaftsverbanden im S.-D. Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter vereinigt? Wo sind die 52 000 geblieben? Im Jahre 1910 wurden 40 000 angegeben, jetzt will man 44 000 Mitglieder haben — nach über 40jähriger Tätigkeit. Wür-

ben wir gewillt sein, die durch ein halbes Menschenalter in den S.-D. Kranken- und Begräbnislisten erworbenen Rechte einer großen Anzahl hiesiger S.-D. Mitglieder zu übernehmen, so würde es noch trauriger in jenen Reihen aussehen, als wie dies jetzt bereits der Fall ist.

Damit wollen wir die Herren Trabert und Ingenhoven auch schlafen lassen, bis der „Siegreiche Gewerkschaftsverband“ und seine „45jährigen Grundlagen“ einer einigenen Arbeiterbewegung sie im Interesse der Arbeiterschaft für immer in einen Schlaf eingewiegt haben, aus dem es kein Erwachen gibt.

Koblenz. In der ersten Aprilwoche hielt unsere Ortsgruppe für die Arbeiter der Firma Alweiler (Bunzenbräu) eine Reihe Abteilungsverammlungen ab. Die Veranlassung dazu gab ein Antwortschreiben der Firma, in dem die Wünsche der Arbeiter auf Durchführung einer 10prozentigen Lohnerhöhung und früheren Arbeitschluss an den Samstagen, abgelehnt wurde. In den Versammlungen war den Arbeitern Gelegenheit geboten, sich über Wünsche und Beschwerden auszusprechen. Durch ausgegebene Fragebogen wurde festgestellt, inwieweit die Forderungen der Firma, die im vorigen Jahre hinsichtlich Abstellung verschiedener Mängel und Durchfüh- rung von Verbesserungen gemacht wurden, eingehalten worden sind. Jeder, der es mit dem Interesse der Arbeiter ernst meint, wird diese Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes nur begrüßen. Anders jedoch einige Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Diese Störenfriede suchten in fast allen Versammlungen Uneinigkeit in die Arbeiterschaft zu bringen. Namentlich war es einer, der sich als „Vertreter“ des sozialdemokratischen Verbandes aufstellte, und sich so „gebildet“ benahm, daß einige seiner anständigen Gesinnungsgenossen einmal erklärten, man hätte diesen „Vertreter“ am besten sofort an die Luft jagen sollen.

Was die „guten Leute“ so verbroh, war, daß der christliche Metallarbeiterverband die Versammlungen anberaumte. Was die Herren Sozialdemokraten sich doch alles einbilden. Gerade ihr Verband ist es, der sogar bei Lohnbewegun- gen und Streiks erklärt: mit den Christen verhandeln wir nicht. Erst am Samstag, den 29. März, erklärte der Bezirksleiter Schöck vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bei den Tarifverhandlungen der Stuttgarter Schlossergewerbe in Anwesenheit der Schlossermeister: „Solange die Christlichen im Saal sind, verhandeln wir nicht.“ Nachdem aber die Schlossermeister erklärt hatten, daß sie nur mit beiden in Frage kommenden Organisationen verhandeln würden, ließen diese „Arbeitervertreter“ aus den Verhandlungen weg. Was kümmert es diese Leute, daß durch ein solch schickes Gebahren das Ansehen der ganzen Arbeiterbewegung und das Interesse der Arbeiterschaft auf das Schwerste geschädigt wird, wenn ihr Eigenkapitel nur auf seine Rechnung kommt.

Vom gleichen Schlage scheint auch ein Teil der „Genossen“ in Koblenz zu sein. Die Arbeiterschaft, so weit sie ernstlich gewillt ist ihre Lage zu verbessern, wird gut tun, wenn sie sich nicht von solchen „Arbeiterführern“ beeinflussen läßt und ruhig und zielbewußt das ihrige dazu beiträgt, daß ihre Wünsche und Forderungen auch mit Nachdruck ver- treten werden können. Dies geschieht am Besten, wenn sich alle noch Fernstehenden im christlichen Metallarbeiterverband vereinigen und so gemeinsam, mit offenem Blick und starkem Willen, Schritt für Schritt die Besserung ihrer Lage er- ringen.

Dresden. Die diesjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 2. März statt. Der Vorsitzende Kollege Schwiebam gab den Jahres- und Kassenbericht bekannt. Im letzten Jahr ist eine Mitgliederzunahme, sowie die Gründung einer Jugendabteilung zu verzeichnen. Zur Aufklärung über die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet wurden mehrere Flugblätter verteilt. Der im Berichtsjahre in Dresden ab- gehaltene christliche Gewerkschaftskongress hat anregend auf unsere Bewegung gewirkt.

Unser Verband war beim Streik der Schiffbauer auf der Liebigauer Werft und der Tarifverneuerung im Bau- schlossergewerbe beteiligt. Während die erste Bewegung mit gutem Erfolg endigte, hat die letztere nur geringe Vorteile gebracht. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 1078,60 Mark, die Ausgabe 669,00 Mk.; 409,60 Mk. sind an die Hauptkasse abgeführt worden, hinsichtlich der Lokalfasse hob der Vorsitzende hervor, daß die Mitglieder mehr wie bisher für deren Ausbau Sorge tragen müßten. — Zum 1. Vor- sitzenden und Kassierer wurde Kollege Schwiebam wieder gewählt als 2. Vorsitzender Kollege Gebhardt und zum Schriftführer Kollege Knoll. — Hiernach hielt Kollege Gier einen Vortrag über die Bewegung in Minden. Er zeichnete in treffender Weise, wie durch die muttergütige Haltung der aus- gesperrten Mindener Kollegen der lauerländischen Arbeiter- schaft eine Gasse nach vornwärts gebahnt sei. In seinen wei- tersten Ausführungen ermahnte er die Dresdener Kollegen, sich durch regen Versammlungsbesuch zu schulen, wie auch durch tätige Mitarbeit den Verband voran zu bringen.

Am Schluss der Versammlung hob der Vorsitzende hervor, daß die Vorarbeiten zur Hausagitation in die Wege geleitet seien; jetzt gelte es, daß kein Kollege zurückbleibe, alle müßten mitwirken, um die Hausagitation erfolgreich zu gestalten. Kollegen von Dresden zeigt, daß auch ihr auf dem Posten sein, wenn es gilt, unsere Sache voranzubringen!

Verband (Wald). (Zechenmetallarbeiter.) Vor zwei Jahren hatten die Zechenmetallarbeiter von Grube Ver- bach einen Versuch gemacht, sich im christlichen Metallarbeiter- verband zu organisieren. Doch hielten die Kameraden nicht lange stand, sondern kehrten der Organisation bald wieder den Rücken. Auf der Nachbargrube St. Ingbert hielt ein guter Stamm von tüchtigen Kollegen das einmal ergriffene Banner der Organisation fest, obwohl es auch hier an Wankelmütigen und Fahnenflüchtigen nicht fehlte. Unverdroffen, ohne Egois- mus, ja manchmal Undank erntend, arbeiteten die dem Ver- bande treu gebliebenen Kollegen im Interesse ihres Standes weiter. Und so wurde im Laufe der Zeit manches durch den christlichen Metallarbeiterverband unternommen, den Stand der Zechenmetallarbeiter vorwärts zu bringen. Daß nicht noch mehr erreicht wurde, ist zum größten Teil Schuld der „Lau- bensklagengewerkschaftler“.

Die Durchführung der vom Landtag und der Reichsrats- kammer genehmigten Lohnerhöhung, welche durch die Peti- tion des christlichen Metallarbeiterverbandes veranlaßt wurde, hat nun allen Kollegen gezeigt, daß sie durch Gleichgültigkeit nichts bekommen. Erfreulicherweise haben die Kollegen das erkannt. Auch den Verbacher Kollegen, welche in ihren Lohn- verhältnissen am schlechtesten gestellt sind, war dies eine Lehre und so fanden sie erneut den Weg zur Organisation wieder. Wenn diese Kollegen es ernst meinen, wird es ihnen

auch gelingen, nicht nur die versprochene Lohnerhöhung von 20 Pfg. herauszuholen, sondern auch die in der Erklärung des Finanzministers betonte Annäherung an die Lohnsätze von St. Ingbert zu erreichen. Wer aber feige die Hände in den Schoß legt, wird eben nicht anders behandelt, wie er es verdient. Sätten unsere Kollegen in St. Ingbert zu der ungleichen Durchführung der Lohnerhöhung geschwiegen, die Bergbehörde hätte gewiß keinen Anlaß genommen, die Ruhe zu stören. Erst als die Organisation eingriff, in Versammlungen Stellung zur Sache nahm, das Verbandsorgan eine entschiedene Sprache führte und die Kollegen sich selbst regten, änderte sich die Situation. In einer Vertrauensmännerversammlung am 4. April erklärte Herr Oberbergamt Ziegelmeyer, daß den Arbeitern, denen die vom Landtag genehmigte Lohnaufbesserung von 20 Pfg. bis jetzt noch nicht zu gute kam, sie rückwirkend ab 1. Januar nachgezahlt erhalten sollten. Auch die Arbeiter sollten durch Erhöhung der Sätze aufgebessert werden. Das ist gewiß ein schöner Erfolg der gewerkschaftlich tätigen Kollegen. Gewiß haben die Arbeiter recht, wenn sie betonen, auch jetzt noch auf der Hut zu sein, indem nur durch Solidarität etwas zu erreichen und dauernd zu halten ist. Hoffentlich beherzigen dies alle Gewerkschaftler, Maschinisten und Feiler von Verbach und St. Ingbert, denn nur zähe ausdauernde Arbeit in der Organisation führt zum Ziele.

Boele-Nabel. Unsere Ortsgruppe hat sich im Laufe des letzten Jahres von Quartal zu Quartal nach vorwärts entwickelt. Ist auch gerade keine sprunghafte Vorwärtsbewegung zu verzeichnen, so lassen uns die bisherigen Erfolge doch erhoffen, daß in absehbarer Zeit der letzte Metallarbeiter von Boele-Nabel unserem Verbandsangehörigen. Notwendig ist für die hiesigen Arbeiter die Organisation. Besonders die Werkzeugmaschinenfabrik von Vogel und Schumann scheint alles tun zu wollen, die Arbeiter zu erbittern. Bisher war es üblich, daß quartaliter Abrechnungen erfolgten. Nachdem die Arbeiter auch murten; Wzüge von 10, 15, ja bis 30 Prozent und noch mehr wurden angeordnet und durchgeführt. In den letzten Wochen versucht man es auf andere Weise. Durch Inserate in den Tageszeitungen werden „tüchtige Arbeiterinnen“ gesucht, die als Ersatz für die männlichen Arbeitskräfte angenommen werden. Wenn es nicht gelingt, der kann nun gehen. Da nun die Arbeiter bei Vogel und Schumann endlich aufwachen?

Sowohl diesen Kollegen wie auch denen bei anderen Firmen, wie Boppeler, Bangardt etc. haben wir wiederholt zugerufen: organisiert euch! Seid ihr nicht auf wirkungslos verfallen. Anstatt Gewerkschaft hat man ja Gesangsvereine, Dilettantenclubs etc. in genügender Zahl. Und wenn schließlich auch mal die Verhältnisse nicht zu ertragen sind: wie mancher tröstet sich durch einige „halbe Schoppen“ und kehrt mühsam wieder zur Arbeitsstelle zurück.

Kollegen von Boele! Die Arbeitgeber des ganzen Bezirks sagen euch, haben es wiederholt gezeigt, wie sie die Macht des Zusammen schlusses schätzen. Und da wollt ihr noch abseits stehen bleiben? Wer als Arbeiter heute nicht zu der Einsicht kommt, daß man organisiert sein muß, den werden die Verhältnisse dazu zwingen. Fort damit mit den nichtsagenden Einwänden. Schafft euch eine schlagfertige Interessenvertretung, tretet dem christlichen Metallarbeiterverbande bei.

Münster i. Sessen. Die Generalversammlung unserer Sektion am 16. März erfreute sich einer regen Beteiligung. Nach Begrüßung der erschienenen Kollegen, des Bezirksleiters Scherer und des Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Offenbach, Kollege Wranz, gab der Vorsitzende, Kollege Lindner einen umfassenden Jahresbericht, welcher zeigte, daß die Sektion an Mitgliederzahl zugenommen und welche Vorteile der Verband den Kollegen an Kranken- und Streikunterstützung gebracht habe.

Die Jahresabrechnung sowie der allgemeine Bericht legten in klarer übersichtlicher Weise die Verbandsarbeit, welche Vorstand und Kollegenschaft gemeinschaftlich geleistet hatten, dar. In der getätigten Vorstandswahl, welche Kollege Scherer leitete, wurde der 1. Vorsitzende nach einem Rückblick auf seine Tätigkeit einstimmig wiedergewählt. An Stelle des bisherigen 2. Vorsitzenden, Kollegen Schab, welcher die Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Böbig gewählt. Zur Unterstützung des neu gewählten Vorstandes wurden auf Antrag zwei Beisitzer in den Vorstand gewählt, um dadurch die vermehrte Verwaltung zu unterstützen und die Agitation zu fördern. Die Kassengelder sind, wie bisher, in den Händen des 1. Vorsitzenden geblieben.

Nach Zählung der Wahlen legte der erste Vorsitzende, Kollege Lindner, hinweisend auf die bisherigen Erfolge, den Kollegen die bringende Bitte ans Herz, rastlos und mühsam, aber auch opferwillig an der Stärkung unserer Sektion zu arbeiten, fleißiger wie bisher die Versammlungen zu besuchen und so als zuverlässige, geschulte Arbeiter sich zu erweisen, wenn es gilt in der Öffentlichkeit die Ehre und das Ansehen der christlichen Arbeiterbewegung zu verteidigen und die Ziele unseres christlichen Metallarbeiterverbandes der Verwirklichung entgegen zu führen.

Kollegen von Münster! Nun gilt es auch im neuen Verbandsjahre die alte Gewerkschaftstreu zu bewahren, durch Gewinnung neuer Mitglieder unseren Verband und dadurch die gesamte christliche Arbeiterbewegung zu stärken, damit wir in der nächstjährigen Generalversammlung auch mit der doppelten Mitgliederzahl als geschätzte, anerkannteste christliche Arbeiter Zeugnis von einer glänzenden, erfolgreichen Weiterentwicklung unserer Bewegung ablegen können.

Wien. Im März dieses Jahres waren 10 Jahre herfließen, seitdem unsere Zahlstelle als Ortsgruppe des Siegerländer Verbandes ins Leben trat. Aus diesem Anlaß gestaltete sich unsere Versammlung am 16. März, zu der auch die Frauen, sowie die Mitglieder der hier vertretenen Handwerksvereine eingeladen waren, zu einer gewerkschaftlichen Erinnerungssitzung. Kollege Bogt wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Wichtigkeit und die Bedeutung der Versammlung hin und erinnerte daran, daß von den damaligen Gründern heute noch 7 in unseren Reihen hängen. Einer dieser letzteren, Kollege Fr. Böring schilderte dann in kurzen markigen Worten Werden und Wachsen, Niedergang und Wiederaufleben unserer Zahlstelle. Nachdem seinerzeit durch den Unterrichtsminister im St. J. S. das Verbot für gewerkschaftliche Arbeit gesetzt, gingen eine Anzahl Kollegen mit Interesse an die Arbeit. 37 Kollegen schlossen sich schließlich unter Leitung des Gewerkschaftsleiters Frankenberg dem Siegerländer Verband an. Im November 1903 trat die Ortsgruppe dann glücklich dem christlichen Metallarbeiterverbande bei. Der Wochenbeitrag betrug damals 20 Pfg., im Laufe der Jahre zeigte sich dann

immer mehr, daß mit einem geringen Beitrag sich kein Kampf-fonds anammeln läßt, wie er zur wirksamen Vertretung der Interessen der Metallarbeiter notwendig ist. In dieser Erkenntnis wurde dann der Beitrag vor und nach erhöht auf 30, 50, 60, 70 Pfg. und entsprechende Lokalbeiträge. Leider hat eine Anzahl Wiener Metallarbeiter es nicht zu erfassen vermocht, daß die Erhöhung der Verbandsbeiträge in ihrem eigenen Interesse lag und so kam es, daß unsere Ortsgruppe, die unter dem 36-Pfg.-Beitrag 80 Mitglieder zählte, im Jahre 1908-09 auf 11 Mitglieder zurückging. Der tiefste Stand in der Mitgliederzahl war damals erreicht.

Alle Mittel wurden nun versucht, um die Ortsgruppe wieder empor zu bringen. Um die christliche Gewerkschaftsidee unter der Wiener Arbeiterschaft zu verbreiten, veranstalteten wir öffentliche Versammlungen. Referenten waren die Kollegen Verbandsvorsitzende der und Winter, a. u. d. e. Kollegen Herzog und Giesberts haben hier für die Popularisierung des christlichen Gewerkschaftsgedankens gesorgt. An Hand der von ihm gesammelten Preisberichte gelang es Kollegen Böring, uns jene Zeit voll Sturm und Drang wieder wahrheitsgetreu vor Augen zu führen. Dann gelang es uns, die Genossen bei der Gewerbegerichtsversammlung zu überreden. Dieses Vorkommnis hat dahin geführt, daß bei der nächsten Wahl auf unsern Antrag hin nach dem System der Verhältniswahl gewählt wird. Trotzdem wir keine Gelegenheit vorübergehen ließen, um im Interesse der Arbeiterschaft zu wirken, wollte die Mitgliederzahl nie recht vorwärts gehen. Dann traf uns der Verlust unseres damaligen Vorsitzenden, des Kollegen Czora, welcher als Repräsentant unseres Verbandes nach Kattowitz kam. Doch gerade Kollege Czora hat uns zum guten Schluß noch mit einem Mittel bekannt gemacht, welches sehr wohl geeignet war, unsere Ortsgruppe vorwärts zu bringen. Es war die Hausagitation, welche wir bisher hier noch nie ernstlich betrieben hatten. Mit diesem Mittel gelang es uns im letzten Quartal 1910 unsere bis dahin stagnierende Mitgliederzahl zu verdoppeln. Als wir dann im Jahre 1911 mit einer starken Versammlungs- und Aufklärungsarbeit einsetzten, schnellte auch der Mitgliederbestand zusehends empor. Zählten wir am 1. Januar 1911 24 Mitglieder und 9 Jugendliebe, so am 1. April schon 87 und 12 Jugendliebe und am 1. Juli 95 erwachsene und 14 jugendliebe Mitglieder. Von da an stagnierte die Mitgliederentwicklung wieder; insbesondere das Jahr 1912 hat nicht gehalten, was wir uns anfangs davon versprochen hatten, trotzdem die Verhältnisse auf dem Walzwerk dazu beitragen mußten, die Arbeiter für den Organisationsgedanken zu erwärmen. Redner schilderte dann noch die verschiedenen Aktionen, die die Ortsgruppe in den letzten Jahren zum Besten der Kollegen und der gesamten Arbeiterschaft unternahm und mahnte die Kollegen, treu zur Fahne zu halten und noch mehr wie bisher für die Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten. Vor allem sei es an der Zeit, die Hausagitation einmal wieder energisch und systematisch zu betreiben.

Kollege Fellart-Sannover verglich dann in seinem Vortrag die Zeit vor 100 Jahren, die so reich an Opfersinn, Edelmut und ganzer Hingabe an eine große Sache gewesen sei, mit unserer heutigen „modernen“ Zeit. Nur wenn wir denselben Geist und dieselben Tugenden pflegten, welche unsere Vorfahren besaßen und betätigt, sei es möglich, auch unsere gerechte Sache zum Siege zu führen. — Und nun Kollegen von Wien, zieht die rechte Lehre aus dem Rückblick des Kollegen Böring und den begeisterten Worten des Kollegen Fellart: Nur durch unermüdlische, opferfreudige und systematische Aufklärungs- und Werbearbeit, namentlich auch durch die Hausagitation, werden wir unsere Reihen weiter stärken und der von uns vertretenen Sache immer mehr Geltung und Anerkennung verschaffen können. Darum: An die Arbeit!

Gelbeingänge bei der Hauptkass.

- Monat März.
- Oggersheim 20.—, Koflschaid 21.10, Augsburg 250.—, Schramberg 100.—, Radolfzell 200.—, M. Glabbach 1000.—, Weidloch 300.—, Kaiserlautern 20.15, Gelfenkirchen 101.80, Mühlhausen i. Th. 23.90, Olpe 400.—, Wiesbaden 57.57, Hoven 300.—, Baunh 9.50, Hensburg 320.10, Schweinfurt 500.—, Warmen 500.—, Sober 50.15, Gagenau 70.—, Dinklage 70.—, Papenburg 20.—, Düsseldorf 1400.—, Esslingen 800.—, Warmen 600.—, Köln 2800.—, Hamburg 300.—, Böhrenbach 4.—, Gevelsberg 500.—, Aachen 2500.—, Oer 150.—, Hannover 150.—, Ingolstadt 30.—, Dresden 10.80, Warstein 200.—, Frankfurt a. M. 400.—, Hagen 896.16, Mühlhausen i. G. 11.70, Köln 2500.—, Esslingen 100.—, Hamm 1000.—, Dehe 57.—, Chemnitz 100.—, Düsseldorf 1500.—, Hagen 1000.—, Hamm 1000.—, Berlin 300.—, Dudenbrück 52.70, Vindstadt 362.70, Juppstadt 41.86, Amern 300.—, Düsseldorf 1300.—, Annweiler 21.20, Hamburg 216.—, Hoven 51.70, Amern 19.45, Reheim 1000.—, Bonn 30.—, Gilsheim 10.45, Marktweid 10.—, Radolfzell 200.—, M. Glabbach 1000.—, Schramberg 116.—.

Literarisches

Damaskus. Die Bodenreform. Grundsätzliches und Gedächtnis zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not. Verlag Gustav Fischer, Jena. 21. bis 25. Tausend, achte, durchgesehene Auflage, Preis 3.25.

In durchaus klarer und verständlicher Weise, für jeden Leser leicht verständlich, zeigt Damaskus in seinem Buche, in glänzendster Verbindung Theorie und Praxis, Vergangenheit und Gegenwart besprechend, die grundsätzlichen Ursachen unserer wirtschaftlich-sozialen Notstände. Der Scheitern eines jeden, der es wagt mit unserer Kolle meint, Auffklärung zu erhalten, unabhängig vom Streit der verschiedenen Interessen, gibt Damaskus Erfüllung mit einem ausnehmendsten Blick in eine glücklichere Zukunft. Das Buch gibt überreichlich Anregung zu Besprechungen und Diskussionen in Unterrichts-Kursen und sollte in keiner Bücherei eines Vereins, Verbandes oder Zahlstelle fehlen.

Briefkasten

Kass. Marktweid: Glückwunsch-Insereate zur Vermählung usw., die hoch nur die Kollegen an einem Orte interessieren, können ins Verbandsorgan nicht aufgenommen werden. — **Kass. Bremen:** Wenn eben möglich schon in der nächsten Nr.

Sterbetafel.
 †
Gevelsberg. Am 9. April starb unsere Kollegin Ww. Maria Jürgens im Alter von 59 Jahren infolge Magenleiden.
 Ihre ihrem Andenken!

Berlammungstafel.

- Kollegen und Kolleginnen!
 Versäumt ohne triftigen Grund keine Berlammlung!
- Freitag, den 18. April.**
 - Düsseldorf-Vertrath.** Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
 - Samstag, den 19. April.**
 - Berlin-Oberknieveide.** Abends 7 Uhr bei Dutsch, Watzstr. 16.
 - Düsseldorf-Wilfriedrichstadt.** Abends 9 Uhr bei Meugwasser, Bitterallee, Ecke Kronenstraße.
 - Düsseldorf-Filden.** Abends 9 Uhr bei Prinz (Leuchtenberg), Kaiser-Wilhelmstraße.
 - Dortmund 1.** Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.
 - Elbe-Deffern.** Abends 8.30 Uhr bei Wm. Keller, am Kaiser Friedrich-Denkmal.
 - Eisenach.** Abends 8.30 Uhr im Weimarer Hof.
 - Elberfeld und Wagenschmiede.** Abends 9 Uhr in der „Bürgerhalle“, Roststr. 18.
 - Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Gauerbräu, Schiffstr. 7.
 - Kassel.** Abends 8.30 Uhr bei Thomas, Würdstr. 16.
 - Köln-Gumboldtstraße.** Abends 8.30 Uhr bei Guth, Watzstraße.
 - Milbe.** Abends 4.30 Uhr bei Ed. Rosenbach, Würdstr. 16.
 - München-Schmiede.** Abends 8 Uhr mit Vortrag im Lokal Leopoldstadt, Senefelderstr. 11.
 - Reheim 2. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Vaitzsch, Hauptstraße.
 - Regensburg.** Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
 - Stuttgart-Cannstatt.** Abends 8.30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.
 - Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstr. 3.
 - Sonntag, den 20. April.**
 - Baden-Weimar.** Vorm. 11 Uhr bei Paul Krell.
 - Elberfeld.** Vorm. 11 Uhr bei Hennemann, Kerkstr. 10.
 - Dortmund-Verne.** Vorm. 11 Uhr bei Raag.
 - Dortmund-Portfeld (Jugendliche).** Vorm. 11 Uhr bei Sturm.
 - Dortmund-Witten.** Vorm. 11 Uhr bei Albede, Auguststraße.
 - Düsseldorf-Blüden.** Vorm. 11 Uhr bei Boelen, Hofsiedelstraße.
 - Düsseldorf-Vertrath.** Vorm. 11 Uhr bei Steinmann (roter Saal), Grünauerstraße.
 - Düsseldorf-Vertrath.** Vorm. 11 Uhr bei Reusen, Buntschelberstraße.
 - Essen-Jugendklub der Ortsverwaltung.** Nachm. 4.30 Uhr im Gesellschaftshaus, Steelerstr. 30.
 - Essen-Altenessen.** Abends 6 Uhr bei Fildner.
 - Essen-Berge-Worbeck.** Vorm. 10.30 Uhr bei Knepper, Hofstraße.
 - Essen-Drohbanien.** Abends 8 Uhr bei Potzkeiser.
 - Essen-Segeroth.** Abends 7 Uhr bei Langenberg.
 - Essen-Kellinghausen.** Vorm. 11 Uhr bei Schroyer.
 - Köln-Kalf.** Vormens 11 Uhr bei Hüngeberg, Breuerstr. 14.
 - Köln-Voll.** Vormens 11 Uhr bei Hübner, Hauptstr. 28.
 - M. Glabbach, Biersen, Abbecht, Odenkirchen, Wickrad, Gienkirchen, Gortelbruch, Schöten, Hüllen, Amern.** Nachm. 2.30 Uhr Generalversammlung in M. Glabbach, Hotel zur Oberstadt (früher Kofsen), Alter Markt. Referent: Bezirksleiter Kollege Schmitz-Köln.
 - Reheim 2. Bezirk.** Vorm. 11 Uhr bei Demmer, Möhnestraße.
 - Reheim-Sudern.** Nachm. 5 Uhr bei Pingel, Vortrag des Herrn stud. phil. Schröder.
 - Oer.** Abends 8.30 Uhr bei G. Bod. Mitgliederversammlung zur Kontrolle mitbringen.
 - Siegburg.** Vormens 11 Uhr in Minoretten, Kronprinzenstraße.
 - Walla.** Vormens punkt 6 Uhr Abmarsch nach Dillenburg, Treffpunkt Bahnhofstraße oberhalb Bahnhof Walla.
 - Wasseralfingen.** Nachm. 3 Uhr im Raum.
 - Wettringhausen.** Nachm. 11 Uhr bei Fritz Simon, Langestraße.

Mittwoch, den 23. April.

- Wettringhausen.** Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstr. 12.
- Wettringhausen.** Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstr. 12.
- Wettringhausen.** Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstr. 12.
- Sonntag, den 27. April.**
- Wettringhausen.** Nachm. 5 Uhr bei Wilhelm Griesberg, Uhlstraße.
- Dortmund.** Vormens 11 Uhr bei Boop.
- Dortmund.** Vorm. 10.30 Uhr im „Bahnhof“.
- Düsseldorf-Oberbilf.** Vorm. 11 Uhr bei Mages, Ellerstr. 183.
- Essen-Ortsverwaltung.** Quartals-Generalversammlung vormittags 10.30 Uhr im Alirenhaus.
- Glabbach.** Nachm. 3.30 Uhr bei Rortpot (Christliches Gewerkschaftshaus).
- Gelfenkirchen-Schalke.** Vormens 11 Uhr bei Wegener.
- Herdecke.** Vorm. 11 Uhr bei G. Bien, Hauptstraße.
- Köln-Vertrath.** Vormens 11 Uhr bei Amannus Jäger, Albedurgerstr.
- Neufkirchen.** Abends 8 Uhr bei Schöpf, zum „Stern“.
- Serfrade.** Nachm. 5 Uhr bei G. Landfeld, Holtenstr. 1.
- Trölsdorf.** Vormens 11 Uhr bei Wllh. Kürten in Trölsdorf.
- Weiter.** Vorm. 11 Uhr im evangcl. Vereinshaus.

Adresseu.
 Hamburg. Unsere Geschäftsstelle, verbunden mit Arbeitsnachweis, befindet sich seit 1. April Hamburg 5, Bremerstraße 12. Telefon: 5 Nr. 1478.

Wichtig für die Ortsgruppen und Sekretariate des Christl. Metallarbeiterverbandes.

Wir liefern schnell und billig:
Briefbogen, Mitteilungen, Postkarten, Roberts usw. in schwarz und Bunddruck mit dem Verbandszeichen.

Ferner: alle Sorten Schreibmaschinen- und Vervielfältigungspapiere, Schreibmaschinendurchschlagpapiere, Wachspapiere sowie alle Utensilien von D. Gestetters Vervielfältigungs-Apparat.

Bitte Muster und Preisliste zu verlangen
Echo vom Niederrhein
 Duisburg.